

# VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

34. Jahrgang 1986

Heft 1

UDO WENGST

## DIE CDU/CSU IM BUNDESTAGSWAHLKAMPF 1949\*

In der Bundestagswahl am 14. August 1949 entfielen auf die CDU/CSU mit insgesamt 31% die meisten Stimmen. Bei ihr lag infolgedessen die Initiative zur Koalitions- und Regierungsbildung, und ihr herausragender Politiker Konrad Adenauer hat die darin liegende Chance genutzt und eine Regierungskoalition unter seiner Kanzlerschaft gebildet, in der die CDU/CSU die ausschlaggebende Kraft war, denn die Koalitionspartner, die FDP und die Deutsche Partei, verfügten zusammen nur über 15,9% der Stimmen. In seiner Regierungserklärung am 20. September 1949 hat Adenauer darauf hingewiesen, daß die von ihm vorgenommene Koalitions- und Regierungsbildung eine „logische Konsequenz der politischen Verhältnisse“ gewesen sei. Diese Feststellung war nicht zuletzt auf den Bundestagswahlkampf und die Bundestagswahl bezogen, denn im Anschluß an den eben zitierten Satz fuhr Adenauer nach einer kurzen Bemerkung über die Frankfurter Wirtschaftspolitik fort: „Die Frage: Planwirtschaft oder soziale Marktwirtschaft hat im Wahlkampf eine überragende Rolle gespielt. Das deutsche Volk hat sich mit großer Mehrheit gegen die Planwirtschaft ausgesprochen. Eine Koalition zwischen den Parteien, die die Planwirtschaft verworfen, und denjenigen, die sie bejaht haben, würde dem Willen der Mehrheit der Wähler geradezu entgegen gerichtet gewesen sein<sup>1</sup>.“

Angesichts des von Adenauer hergestellten Zusammenhangs von Wahlkampf, Wahlentscheidung und Koalitionsbildung liegt die Frage auf der Hand, inwieweit die Wahlkampfführung der Union die Koalitionsbildung vom Sommer 1949 bereits antizipiert hat, d. h., ob und in welchem Ausmaß Wahlkampfprogrammatik, Wahlkampfpropaganda und der Stil der Wahlkampfauseinandersetzung auf die spätere Zusammenarbeit der bürgerlichen Parteien abgestimmt waren und ob es Bestrebungen gab,

\* Die folgenden Ausführungen entstanden im Zusammenhang mit meinen Forschungen in dem von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien betriebenen und von der Stiftung Volkswagenwerk finanziell unterstützten Forschungsschwerpunktes „Grundlegung und Festigung der parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland“. Für Hinweise auf einschlägige Archivalien danke ich Dr. Günter Buchstab, Dr. Volkhard Laitenberger, Engelbert Hommel, M. A., und Dr. Hans Peter Mensing.

<sup>1</sup> Abdruck der Regierungserklärung in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, I. Wahlperiode 1949, Stenographische Berichte, Bd. 1, S. 22-30, Zitat S. 22 B. Wiederabdruck der Regierungserklärung in: Konrad Adenauer. Reden 1917-1967. Eine Auswahl, hrsg. von Hans-Peter Schwarz, Stuttgart 1975, S. 153-169; Die großen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schmidt, hrsg. von Klaus von Beyme, München-Wien 1979, S. 53-73.

diese durch Wahlabsprachen und Wahlbündnisse sowie die Wahlkampffinanzierung vorzubereiten. Eine Antwort hierauf läßt sich nur durch eine umfassende und systematische Analyse und Darstellung der Wahlkampfführung der CDU/CSU finden, die im folgenden versucht werden soll.

Eine solche Abhandlung ist darüber hinaus auch deshalb von Interesse, weil sie einen Beitrag zur Organisationsgeschichte der Union leisten kann. Denn über eine Bundesorganisation verfügte die CDU 1949 noch nicht; es gab nur Ansätze einer Kooperation zwischen den einzelnen Landesverbänden, und auch die Zusammenarbeit mit der CSU, die sich mit spezifischen bayerischen Belastungen auseinandersetzen mußte, war noch nicht allzu sehr erprobt. Im Bundestagswahlkampf 1949 stand die Union erstmals vor der Aufgabe, im Zusammenwirken ihrer einzelnen Landesverbände und verschiedenen Parteiorganisationen in allen drei Westzonen ein gemeinsames Ziel anzustreben.

### 1. Die Wahlkampforganisation

Die höchste Ebene des Zusammenschlusses bei der Union im Jahre 1949 waren in der amerikanischen und französischen Zone die Landesverbände, während in der britischen Zone immerhin ein Zonenverband existierte. Als Koordinierungsorgan diente seit Anfang 1947 lediglich die Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU in Frankfurt am Main, in deren Vorstand zwar die führenden Politiker aus allen Zonen vertreten waren und die ein ständiges Sekretariat mit dem Generalsekretär Bruno Dörpinghaus unterhielt, die aber gleichwohl keine Kompetenz besaß, in die Selbständigkeit der Landesorganisationen einzugreifen<sup>2</sup>. Dies warf natürlich einige Probleme auf, als sich zu Beginn des Jahres 1949 ein erfolgreiches Ende der Beratungen des Parlamentarischen Rates über das Grundgesetz abzuzeichnen begann und in absehbarer Zeit mit der ersten Bundestagswahl zu rechnen war.

Am 8. und 9. Januar 1949 fand in Königswinter eine Tagung statt, an der der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, die Vorsitzenden der Landesverbände und Landtagsfraktionen der Union sowie die führenden Unionspolitiker der bizonalen Verwaltung, des Frankfurter Wirtschaftsrates und des Parlamentarischen Rates teilnahmen. Dieser Kreis beschloß die Einsetzung eines Wahlausschusses, in dem jeder Landesverband durch einen bzw. zwei Politiker vertreten sein sollte. Seine Aufgabe bestand darin, „die erforderlichen Maßnahmen in die Wege zu leiten, die sich im Hinblick auf die Wahl zur Koordinierung der gemeinsamen Interessen und der damit verbundenen Organisation, der Propaganda und Pressearbeit als notwendig erweisen“<sup>3</sup>.

<sup>2</sup> Alf Mintzel, Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei 1945-1972, Opladen 1975, S. 267-270; Günter Mächler, CDU/CSU. Das schwierige Bündnis, München 1976, S. 36-39.

<sup>3</sup> Rundschreiben Dörpinghaus' an die Landesvorsitzenden und Landesgeschäftsführer der Union vom 12.1. 1949, Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung (ACDP), I-009-012/7 (NL Dörpinghaus).

Seine konstituierende Sitzung hielt der Wahlausschuß am 14. Februar 1949 ab. Zu seinem Vorsitzenden wählte der Ausschuß gleich zu Beginn Konrad Adenauer<sup>4</sup>. Damit war die Wahl auf den Politiker gefallen, der zu diesem Zeitpunkt bereits eine Fülle wichtiger Positionen wahrnahm und als einflußreichster Unionspolitiker galt. Adenauer stand damals an der Spitze der rheinischen CDU, er führte den Zonenverband in der britischen Zone, er war Mitglied des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft, und er fungierte seit dem 1. September 1948 als Präsident des Parlamentarischen Rates und bekleidete damit ein Amt, das ihn auch über seine Partei hinaus in Erscheinung treten ließ. Obwohl schon über 70 Jahre alt, ließ Adenauer seit dem Jahreswechsel 1948/49 erkennen, daß er eine Führungsrolle über die Zeit der Staatsgründung hinaus anstrebte, und deshalb war die Übernahme des Vorsizes des Wahlausschusses für ihn von nicht geringer Bedeutung, da ihm diese Position eine zusätzliche Chance bot, sich innerhalb der Union zu profilieren und ihre Wahlkampfführung entscheidend zu beeinflussen.

Angesichts der starken und autonomen Stellung der einzelnen Landesverbände war sich Adenauer jedoch der beschränkten Möglichkeiten des Wahlausschusses, in dem seit der Sitzung am 14. Februar auch die Junge Union und die Frauenarbeitsgemeinschaft vertreten war, bewußt, und er lud deshalb für die nächste Sitzung des Wahlausschusses auch die Landesvorsitzenden und Landesgeschäftsführer ein<sup>5</sup>.

Diese Sitzung fand am 5. März 1949 statt<sup>6</sup>. Neben inhaltlichen Fragen stand in dieser Zusammenkunft auch die Frage nach den Kompetenzen des Ausschusses und die Einrichtung zusätzlicher Ausschüsse zur Debatte. Als Befürworter der Übertragung weitgehender Rechte an den Wahlausschuß trat insbesondere der Regierungspräsident von Montaubaur, Alois Zimmer, auf. Für ihn war es eine Selbstverständlichkeit, daß die Übertragung der Verantwortung für die Wahlkampfführung an den Ausschuß nur dann angängig war, wenn ihm zur gleichen Zeit auch die entsprechenden Kompetenzen eingeräumt würden. Adenauer mahnte indessen zur Vorsicht. Er hatte starke Bedenken, ob die Landesparteien bereit sein würden, genau definierte Rechte an den Ausschuß abzutreten, und er sprach sich daher für ein pragmatisches Vorgehen aus, mit dem die Landesparteien dazu gebracht werden sollten, sich allmählich an eine Koordinierung der Wahlkampfführung zu gewöhnen. Entsprechend Adenauers Statement unterblieb infolgedessen eine genaue Umschreibung der Kompetenzen des Wahlausschusses, dessen Bedeutung noch darüber hinaus eingeschränkt wurde, daß weitere Ausschüsse gebildet wurden.

So einigte man sich am 5. März auf die Einsetzung eines Wahlrechtsausschusses,

<sup>4</sup> Protokoll über die erste Sitzung des Wahlausschusses am 14.2.1949, ACDP, I-009-007/3 (NLDörpinghaus).

<sup>5</sup> Ebenda sowie Aktennotiz von Gottaut vom 18.2.1949 über eine Redaktionsbesprechung am 17.2.1949, ACDP, I-009-008/3 (NL Dörpinghaus). Vgl. auch Rundschreiben Adenauers an die Landesvorsitzenden der CDU/CSU vom 15.2.1949, abgedruckt in: Hans Peter Mensing (Bearb.), Adenauer, Briefe 1947-1949 (Rhöndorfer Ausgabe), Berlin 1984, S.411 ff.

<sup>6</sup> Das Folgende nach der Stenographischen Niederschrift über die Sitzung des "Wahlausschusses am 5.3.1949, ACDP, I-009-007/3 (NL Dörpinghaus).

dem die Landesvorsitzenden einschließlich Berlin angehörten und an dessen Spitze wiederum Adenauer trat. Seine Aufgabe bestand in erster Linie darin, in Zusammenarbeit mit dem Wahlausschuß die Wahlrechtsfrage zu erörtern und eine Stellungnahme der Union hierzu herbeizuführen. Unterstützt werden sollte er hierbei durch einen sogenannten Arithmetiker-Ausschuß unter dem Vorsitz Gerhard Schröders, der am 11. März zu einer Sitzung zusammentrat und anhand der Bevölkerungsstatistik und der vorausgegangenen Landtagswahlergebnisse das voraussichtliche Bundestagswahlergebnis - unter Berücksichtigung verschiedener Wahlsysteme - zu errechnen suchte<sup>7</sup>. Die Zusammensetzung des Wahlrechtsausschusses legitimierte ihn jedoch darüber hinaus, auch andere Fragen des Wahlkampfes aufzugreifen, so daß die Bezeichnung Koordinierungsausschuß, unter der er bisweilen firmierte, seine Funktion besser beschrieb.

Ebenfalls am 5. März wurde die Einsetzung eines Presse- und Propagandaausschusses beschlossen. Zu seinen Aufgaben gehörte u. a. die „Begutachtung und Genehmigung von Wahlbroschüren, die über die Arbeit der Unionsfraktionen in Frankfurt und Bonn Aufschluß geben“, die Prüfung von Wahlplakaten und Flugblattentwürfen, die Abfassung eines gemeinsamen Wahlaufrufs sowie endlich die Einrichtung eines Arbeitsstabes, „der die technischen Vorarbeiten für die Propaganda leistet und Verbindung zu Presse und Rundfunk aufnimmt“<sup>8</sup>.

Entgegen den Vorstellungen von Bruno Dörpinghaus, der dem Wahlausschuß am 5. März einen Besetzungsvorschlag für den Presse- und Propagandaausschuß unterbreitete, erhielten die einzelnen Landesverbände das Vorschlagsrecht eingeräumt, wen sie als ihre Vertreter entsenden wollten<sup>9</sup>. Der Arbeitsstab hingegen wurde nach dem Vorschlag von Dörpinghaus besetzt, der hierbei auf Mitarbeiter seines Sekretariats, des Sekretariats der CDU in der britischen Zone, der Union nahestehende Journalisten und die Vorsitzende der Frauenarbeitsgemeinschaft, Helene Weber, und einen Vertreter der Jungen Union, Josef Reufels, zurückgriff<sup>10</sup>.

Am 19. März 1949 kamen der Wahlausschuß, der Wahlrechtsausschuß und der Presse- und Propagandaausschuß zu einer gemeinsamen Sitzung unter dem Vorsitz Adenauers zusammen<sup>11</sup>. Im Rahmen der Aussprache über die Frage, wer über die Kandidatenaufstellung innerhalb der Union zu entscheiden habe, wurde auch diesmal wieder über die Kompetenzen der Ausschüsse diskutiert. Dabei konzentrierten

<sup>7</sup> Niederschrift über die Sitzung des Arithmetiker-Ausschusses am 11.3. 1949, ACDP, I-009-007/3 (NL Dörpinghaus). Vgl. auch Erhard H. M. Lange, *Wahlrecht und Innenpolitik. Entstehungsgeschichte und Analyse der Wahlgesetzgebung und Wahlrechtsdiskussion im westlichen Nachkriegsdeutschland 1945-1956*, Meisenheim/Glan 1975, S.375.

<sup>8</sup> Rundschreiben Dörpinghaus' an die Landesvorsitzenden der CDU/CSU vom 7.3.1949, ACDP, I-009-012/7 (NL Dörpinghaus).

<sup>9</sup> Stenographische Niederschrift, Anm. 6, S. 42 f.

<sup>10</sup> Vgl. Stenographische Niederschrift über die Sitzung des Wahlrechtsausschusses und des Presse- und Propagandaausschusses der Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU am 19.3. 1949, ACDP, I-009-007/3 (NL Dörpinghaus), S. 46.

<sup>11</sup> Vgl. Stenographische Niederschrift, Anm. 10.

sich die Stellungnahmen der Diskussionsteilnehmer auf den Wahlrechtsausschuß, der allein schon aufgrund seiner Zusammensetzung - so jedenfalls die Meinung von Dörpinghaus - „mit einer Legitimation versehen“ sei, um auch über die Aufstellung der Bundestagskandidaten zu sprechen. Dies bestritt auch der Vorsitzende Adenauer nicht, doch er wies sogleich auf die fehlende Kompetenz des Ausschusses hin, „verbindliche Beschlüsse zu fassen“. Adenauer hielt gegenüber den Landesvorsitzenden weiterhin ein vorsichtiges Taktieren für angebracht, und er blieb daher bei seiner Auffassung, daß der Ausschuß lediglich das Recht zu Empfehlungen habe<sup>12</sup>, die er allerdings den Landesvorsitzenden mit Nachdruck zur Kenntnis bringen ließ; gleichzeitig ließ er letztere auffordern, vertrauliche Vorschläge zur Kandidatenaufstellung zu übermitteln, die in der nächsten Sitzung des Wahlrechtsausschusses als Arbeitsgrundlage dienen sollten<sup>13</sup>.

Als diese Zusammenkunft mehr als einen Monat später, am 19. Mai 1949, stattfand, stellte sich heraus, daß kein einziger Landesvorsitzender auf das Rundschreiben reagiert hatte<sup>14</sup>. Es war wohl nicht zuletzt auf diesen Umstand zurückzuführen, daß Adenauer an diesem Tag den Vorschlag unterbreitete, einen Wahlkampfleiter zu bestellen, um eine einheitliche Ausrichtung des Wahlkampfes der Union zu gewährleisten. Adenauers Kandidat hieß Alois Zimmer<sup>15</sup>, der allerdings Bedenken geltend machte, da er mit dem angetragenen Amt eine Verantwortung übernehme, ohne zu wissen, inwieweit überhaupt die Voraussetzungen für einen Erfolg gegeben seien. Zimmer erklärte sich dann aber grundsätzlich bereit, den angebotenen Posten zu übernehmen, sofern ihn alle Parteifreunde rückhaltlos unterstützen würden<sup>16</sup>. Daß in diesem Punkt Schwierigkeiten bestanden, machte eine Wortmeldung aus dem Kreis der Anwesenden deutlich, in der nach der genauen Formulierung von Zimmers Auftrag, d.h. nach seinen Kompetenzen, gefragt wurde. Diesen Einwurf wies Adenauer mit der Bemerkung zurück, daß dies angesichts der Fülle der Aufgaben nicht möglich sei. An die Adresse Zimmers gewandt fügte er ergänzend hinzu, daß diesem keinerlei „Kommandogewalt“ zustehe<sup>17</sup>. Die Zuständigkeit für Entscheidungen von wirklicher Bedeutung lag nach wie vor bei den Landesvorsitzenden, deren Auffassungen und Aktionen sich nur mühsam, wenn überhaupt, koordinieren ließen. Hierzu ist die weitere Entwicklung der Debatte über die Kandidatenaufstellung ein aufschlußreiches Beispiel.

Auf Anregung Adenauers kam der Wahlrechtsausschuß in seiner Sitzung am 19. Mai überein, die Landesvorsitzenden aufzufordern, binnen kurzer Frist dem Wahlrechtsausschuß ihre Kandidatenvorschläge zu unterbreiten, damit dieser die notwendige Koordinierung vornehmen könne<sup>18</sup>. Ein entsprechendes Schreiben Ade-

<sup>12</sup> Ebenda, S. 38.

<sup>13</sup> Rundschreiben Dörpinghaus' an die Landesvorsitzenden der CDU/CSU vom 9.4.1949, ACDP, I-021-007/1 (NL Hilpert).

<sup>14</sup> Stenographische Niederschrift über die Sitzung des Wahlrechtsausschusses und des Presse- und Propagandaausschusses am 19.5.1949, ACDP, I-009-007/3 (NLDörpinghaus), S.54f.

<sup>15</sup> Ebenda, S.33f. <sup>16</sup> Ebenda, S.59f.

<sup>17</sup> Ebenda, S. 63.

<sup>18</sup> Ebenda, S. 56 f.

nauers, das als Termin, bis zu dem die Vorschläge im Generalsekretariat in Frankfurt eingehen sollten, den 10. Juni nannte, ging am 24. Mai an die Landesvorsitzenden ab<sup>19</sup>. Gleichzeitig wurde eine Vorbesprechung der Landesvorsitzenden für den 1. Juni anberaumt, auf deren Tagesordnung u. a. ebenfalls die Kandidatenfrage stand. Adenauer bat die Landesvorsitzenden am 25. Mai dringend, unbedingt persönlich zu erscheinen, da die Bundestagswahl von so „außerordentlicher Bedeutung“ sei, „daß alles andere dahinter zurücktreten muß“<sup>20</sup>.

In der Sitzung am 1. Juni erhielt die Zentrale Wahlkampfleitung, die Zimmer im Frankfurter Generalsekretariat einrichtete und mit dessen Mitarbeitern betrieb, von den Landesvorsitzenden die Zusage, daß sie „baldigst Mitteilungen über die in Aussicht genommenen Kandidaten für den Bundestag“ übersenden würden. In einem Rundschreiben vom 2. Juni an die Landesverbände machte Zimmer nähere Angaben, welche Gesichtspunkte von den Landesverbänden dabei zu berücksichtigen seien und welche personellen Angaben über die jeweiligen Kandidaten er benötigte<sup>21</sup>.

Die Landesvorsitzenden haben ihre Zusage vom 1. Juni offensichtlich nicht eingehalten, denn in der Einladung zur Sitzung des Wahlrechtsausschusses am 1. Juli baten Zimmer und Dörpinghaus erneut darum, „vorläufige Listen der Kandidaten für Wahlkreise und Landeslisten mitzubringen, um eine etwa notwendige Koordinierung zu erleichtern“<sup>22</sup>. In einem Brief, den Adenauer einen Tag später an die Landesvorsitzenden abschickte, kam er erneut auf die Kandidatenfrage zu sprechen, bei der sich die „Folgen des mangelnden Zusammenschlusses der Landesparteien [...] in vielfacher Hinsicht erschreckend bemerkbar“ machten. Angesichts der zahlreichen Wünsche von Seiten der Interessenverbände und der Notwendigkeit, alle Gruppierungen innerhalb der Union bei der Kandidatenaufstellung zu berücksichtigen, warnte Adenauer erneut vor jeder vorzeitigen Festlegung seitens der einzelnen Landesverbände, und er wies noch einmal darauf hin, daß es unbedingt erforderlich sei, „daß auf der für den 1. Juli 1949 anberaumten Besprechung in Königswinter ein Vergleich der Kandidatenlisten und ein Ausgleich erfolgt“<sup>23</sup>.

Bei diesem Treffen ist dann jedoch die Kandidatenfrage gar nicht zur Sprache gekommen<sup>24</sup>, und es gibt keinen Hinweis darauf, ob dies zu einem späteren Zeitpunkt

<sup>19</sup> Rundschreiben Adenauers an die Landesvorsitzenden der CDU/CSU vom 24.5. 1949, ACDP, I-021-007/1 (NL Hilpert).

<sup>20</sup> Rundschreiben Adenauers an die Landesvorsitzenden der CDU/CSU vom 25.5. 1949, ACDP, I-021-002/2 (NL Hilpert).

<sup>21</sup> Rundschreiben Zimmers an die Landesverbände der CDU/CSU vom 2.6. 1949, ACDP, VII-003-001/1. Zum Verlauf der Sitzung vom 1.6.1949 auch der Bericht Adenauers vor dem Zonenausschuß der CDU in der britischen Zone am 2.6.1949. Protokoll dieser Sitzung in ACDP, I-009-004/1 (NL Dörpinghaus).

<sup>22</sup> Zimmer/Dörpinghaus an die Mitglieder des Wahlrechtsausschusses vom 23.6. 1949, ACDP, I-021-007/1 (NL Hilpert); Bundesarchiv Koblenz (BA), NL Holzapfel, 253.

<sup>23</sup> Adenauer an die Landesvorsitzenden der CDU/CSU vom 24.6. 1949, Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus (StBkAH), 09.02.; ACDP, I-021-002/1 (NL Hilpert).

<sup>24</sup> Adenauer an Hilpert vom 5.7.1949, ACDP, I-021-002/1 (NL Hilpert).



noch geschehen ist. Soweit aufgrund der bisher bekannten Materialien festgestellt werden kann, sind die Landesvorsitzenden noch einmal am 21. Juli 1949 im Anschluß an die Heidelberger Wahlkundgebung zusammengekommen<sup>25</sup>. Über Verlauf und Inhalt der Aussprache ist nichts überliefert. Eine Koordinierung der Kandidatenlisten ist aber anscheinend weder bei dieser noch bei anderer Gelegenheit erfolgt. Dies legt ein Bericht des Landesgeschäftsführers der CDU Rheinland, Hans Schreiber, über die Bundestagswahl 1949 nahe, in dem an keiner Stelle ein Hinweis enthalten ist, daß die Kandidatenaufstellung in irgendeiner Weise durch den Wahlrechtsausschuß oder eine Absprache der Landesvorsitzenden beeinflusst worden ist<sup>26</sup>. Es hat hiernach den Anschein, als ob der rheinische Landesvorstand und die Delegierten der Kreisparteien ihre Entscheidungen ohne Abstimmungen mit anderen Landesverbänden getroffen haben, und es ist anzunehmen, daß es andernorts genauso gewesen ist.

Etwas größere Möglichkeiten besaß die zentrale Wahlkampfleitung in der rein technischen Durchführung des Wahlkampfes, obwohl auch hier Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen nicht ausblieben und die Landesverbände stets auf ihre Beteiligung achteten. Dies zeigte sich im besonderen Maße bei dem sogenannten „Spitzenrednereinsatz“, bei dem es sich darum handelte, Politiker mit hohem Bekanntheitsgrad auf großen Wahlkampfkundgebungen in allen drei Zonen auftreten zu lassen. Die Koordination dieses Einsatzes sollte beim Generalsekretariat der Arbeitsgemeinschaft in Frankfurt liegen, das dem Propagandaausschuß am 8. Mai 1949 einen Vorschlag unterbreitete, der 55 Namen enthielt. Neben den sieben Direktoren der Frankfurter Verwaltungen befanden sich auf der Liste der vorgesehenen Spitzenredner führende Politiker aus allen drei Zonen. Das Hauptkontingent stellte mit 27 Nennungen die britische Zone, knapp halb so viel fiel auf die amerikanische Zone, und mit sieben Personen bildete die französische Zone das Schlußlicht<sup>27</sup>.

Über die endgültige Liste der Spitzenredner und ihren Einsatz wurde auf einer Sitzung des Frankfurter Stabes mit den Landesgeschäftsführern am 10. Juni 1949 entschieden. Politiker, die wie z. B. Linus Kather aus anderen Landesverbänden nur wenige Anforderungen erhalten hatten, wurden von der Liste gestrichen und gebeten, ihre Terminabsprachen selbst zu tätigen<sup>28</sup>. Bei den übrigen war so zu verfahren, daß ihr Einsatz zwar „grundsätzlich nur durch das Generalsekretariat der Arbeitsgemeinschaft“ zu erfolgen hatte<sup>29</sup>, diesem jedoch lediglich die Zuweisung der Redner an die jeweiligen Landesverbände oblag, die sodann die alleinige Befugnis besaßen zu entscheiden, an welchen Orten die Spitzenredner auftraten<sup>30</sup>.

<sup>25</sup> Dörpinghaus an Hilpert vom 18.7.1949, ACDP, 1-021-007/1 (NL Hilpert).

<sup>26</sup> Bericht des Landesgeschäftsführers der CDU Rheinland, Hans Schreiber, über die Bundestagswahl am 14.8.1949, StBKAH, 12.02.

<sup>27</sup> Rundschreiben Dörpinghaus' an die Mitglieder des Presse- und Propagandaausschusses, des Arbeitsstabes und die Landesgeschäftsführer vom 12.5.1949, ACDP, 1-009-006/2 (NL Dörpinghaus).

<sup>28</sup> Nickel an Kather vom 5.7.1949, ACDP, 1-351-003/2 (NL Gottaut).

<sup>29</sup> Dörpinghaus an Lehr vom 24.6.1949, ACDP, 1-351-003/2 (NL Gottaut).

<sup>30</sup> Nickel an Fratzscher vom 14.6.1949, ACDP, 1-351-003/2 (NL Gottaut).

Für die Gestaltung dieser Kundgebungen verschickte Zimmer am 2. Juni 1949 ausführliche Empfehlungen. Sie betrafen die anzubringenden Spruchbänder - eine eventuelle Liedumrahmung, die Nichtzulässigkeit von Diskussionen, die Erhebung eines Eintrittsgeldes, die Aufstellung von Lautsprechern, die Notwendigkeit rechtzeitiger Beifallskundgebungen, die musikalische Unterhaltung, die Stellung von Ersatzrednern und die Art der Vorstellung des jeweiligen Spitzenredners durch den örtlichen Parteirepräsentanten<sup>31</sup>.

Die Bemühungen des Generalsekretariats, einen reibungslosen Ablauf des Spitzenrednereinsatzes zu gewährleisten und den Anforderungen der Landesverbände zu entsprechen, waren indessen nicht von allzu großem Erfolg gekrönt. Zum einen erwies es sich als unmöglich, den Wünschen einzelner Landesverbände nach Zuteilung bestimmter Redner nachzukommen. So erhielt z. B. Ludwig Erhard eine solch hohe Zahl von Anforderungen, daß ihnen auch nicht annähernd entsprochen werden konnte. Zum anderen gab es in der Abstimmung zwischen dem Generalsekretariat und einzelnen Spitzenrednern immer wieder Probleme, die dazu führten, daß den Landesverbänden bereits zugesagte Termine nicht eingehalten wurden<sup>32</sup>. Die Unzufriedenheit mit dem Spitzenrednereinsatz war daher allgemein, und der Landesgeschäftsführer der CDU Rheinland hat ihn wohl mit Recht als ein „besonders trauriges Kapitel“ der Wahlkampfführung bezeichnet<sup>33</sup>.

Auf weniger Kritik seitens der Landesverbände stießen die Broschüren und Plakate, die das Generalsekretariat zur Verfügung stellte. Das Schwergewicht der Propaganda lag dabei auf der Plakatebene, da im Presse- und Propagandaausschuß mehrheitlich die Auffassung vertreten wurde, daß Broschüren „nicht mehr die geeignete Form des Ansprechens für die Masse der Bevölkerung sind“<sup>34</sup>. Sie wurden dennoch in relativ hoher Auflage hergestellt<sup>35</sup>. In ihnen waren vor allem Wahlreden führender CDU-Politiker, das Ahlener Programm und die Düsseldorfer Leitsätze mit den auf sie bezogenen Stellungnahmen einzelner Unionspolitiker abgedruckt, oder sie enthielten Ausarbeitungen über die CDU und ihr Verhältnis zum Zentrum<sup>36</sup> sowie - von Adenauer selbst angefordert - Berichte über die Arbeit der Union im Parlamentarischen Rat und im Frankfurter Wirtschaftsrat<sup>37</sup>.

Die vom Presse- und Propagandaausschuß höher bewertete Werbung mit einheitli-

<sup>31</sup> Rundschreiben Zimmers an die Landesverbände der CDU/CSU vom 2.6. 1949, ACDP, VII-003-001/1.

<sup>32</sup> Bericht Schreibers, Anm. 26.

<sup>33</sup> Ebenda.

<sup>34</sup> Rundschreiben Dörpinghaus', Anm. 27.

<sup>35</sup> So erhielt der Landesverband Rheinland z.B. knapp 190000 Exemplare. Bericht Schreibers, Anm. 26.

<sup>36</sup> Nach der Zusammenstellung Blankenhorns, die er am 29.7. 1949 mit dem Kommentar an Gerstenmaier schickte, daß in diesen Broschüren „das wesentliche Material“ enthalten sei, „das von der CDU/CSU im gegenwärtigen Wahlkampf in Angriff und Verteidigung benutzt wird“. StBkAH, 09.01.

<sup>37</sup> Vgl. Blankenhorn an A. Finck vom 4.6.1949, StBkAH, 12.02. Pünder an Adenauer vom 29.6.1949 mit Anlage, BA, NL Pünder 270.



*Die CDU/CSU im Bundestagswahlkampf 1949*

chen Plakaten für alle drei Westzonen sollte beim „Wähler den Eindruck der Geschlossenheit der Partei von Norden bis Süden“ erwecken<sup>38</sup>. Waren zunächst fünf oder sechs solcher Plakate vorgesehen, deren Bildwirkung „dynamisch“ und deren Text „so kurz wie möglich“ sein sollte<sup>39</sup> und von denen Adenauer verlangte, daß sie auf „die primitiven Schichten des Volkes“, auf „den einfachen Mann“ wirken müßten<sup>40</sup>, so erschienen schließlich überregionale Plakate mit über 20 verschiedenen Motiven<sup>41</sup>. Die Auslieferung der Plakate an die Landesverbände erfolgte erst Ende Juli 1949 mit der Bitte, „daß die einzelnen Sorten von Plakaten schlagartig zur Veröffentlichung kommen“<sup>42</sup>. Mit diesem massierten Einsatz der Plakatwerbung in der Schlußphase des Wahlkampfes, der den gegnerischen Parteien keine Zeit mehr zur Erwiderung ließ, glaubte das Generalsekretariat offensichtlich, bei der Wählerschaft eine besondere Wirkung zu erzielen, die allerdings, wie Hans Schreiber glaubte feststellen zu können, durch die „allzu große Mannigfaltigkeit“ der Motive beeinträchtigt worden sei<sup>43</sup>.

Eine andere Zielsetzung als die Plakatwerbung verfolgte die vom Generalsekretariat im Rahmen der Ausgabe C des „Deutschland-Union-Dienstes“ herausgegebene Wahlzeitung „Union im Wahlkampf“, die bereits frühzeitig, ab dem 17. Mai 1949, in einer Auflage von 20 000 bis 25 000 Exemplaren ein- bis zweimal wöchentlich erschien<sup>44</sup>. Die ersten Planungen für diese Zeitung, deren „eigentlicher Zweck [...] die Unterrichtung der Parteiredner und aktiven Mitarbeiter der Parteiführung auf der Kreisebene“ war<sup>45</sup>, datierten bereits vom Februar 1949. In einer Besprechung von Mitarbeitern des Generalsekretariats in Frankfurt wurde vereinbart, die Leitung dieser Wahlzeitung dem Chefredakteur des Deutschland-Union-Dienstes, Heinz Lubbers, zu übertragen. Für ihre inhaltliche Ausgestaltung erhielt er den Auftrag, diese unter dem „Gesichtswinkel des Funktionärs und Redners“ vorzunehmen und dabei vor allem auf die „gegnerische Presse und Propaganda“ einzugehen. Als Format wurde DIN A 4 festgelegt und außerdem beschlossen, die Seiten der Wahlzeitung nur einseitig zu bedrucken<sup>46</sup>. Damit war gewährleistet, daß sie von Parteirednern ohne Schwierigkeiten als Redeunterlage benutzt werden konnte.

Eine Ergänzung sollte die Wahlzeitung auf Vorschlag Adenauers dadurch erhalten, daß von Seiten CDU-naher Journalisten eine „persönliche Verbindung“ mit der unabhängigen Presse und dem Rundfunk hergestellt wurde, um eine faire Behandlung der

<sup>38</sup> Rundschreiben Dörpinghaus', Anm. 27.

<sup>39</sup> Ebenda.

<sup>40</sup> Stenographische Niederschrift, Anm. 14, S. 95.

<sup>41</sup> Bericht Schreibers, Anm. 26.

<sup>42</sup> Rundschreiben Dörpinghaus' an die Landesvorsitzenden und Landesgeschäftsführer der CDU/CSU vom 26.7.1949, ACDP, 1-021-007/1 (NL Hilpert).

<sup>43</sup> Bericht Schreibers, Anm. 26.

<sup>44</sup> Rundschreiben Dörpinghaus', Anm. 27.

<sup>45</sup> Ebenda.

<sup>46</sup> Aktennotiz Gottauts vom 18.2. 1949 über eine Besprechung am 17.2. 1949, ACDP, 1-009-008/3 (NL Dörpinghaus).

Union für die gesamte Dauer der Wahlkampagne sicherzustellen<sup>47</sup>. Darüber hinaus regte Adenauer an, „eine kleine Gruppe von jüngeren und qualifizierten Journalisten zu einer engeren Zusammenarbeit“ mit ihm zusammenzubringen, die gegen Honorar in der unabhängigen Presse „geeignete, propagandistisch geschickte Leitartikel“ veröffentlichen sollten, die sodann wiederum „von der Leitung der Partei im kommenden Wahlkampf“ zu verwenden waren<sup>48</sup>.

Sowohl die Wahlzeitung als auch die Haltung von Presse und Rundfunk wurden nach Abschluß des Wahlkampfes vom Geschäftsführer der CDU Rheinland insgesamt positiv bewertet<sup>49</sup>. Was die Wahlzeitung anbetraf, so traten allerdings anfangs dadurch Schwierigkeiten auf, daß der Bezug durch die Orts-, Kreis- und Bezirksverbände zu wünschen übrig ließ. Dies veranlaßte Zimmer zu der Drohung an die Landesverbände, denjenigen von ihnen die Unterstützung im Wahlkampf zu entziehen, die nicht imstande waren, für eine genügende Abnahme der Wahlzeitung in ihrem Bereich zu sorgen<sup>50</sup>. Dies wirft erneut ein Schlaglicht auf die „organisatorischen Unzulänglichkeiten“ innerhalb der Union<sup>51</sup>, die sich in besonderer Schärfe in den Beziehungen zwischen CDU und CSU zeigten.

## 2. Probleme der Zusammenarbeit zwischen CDU und CSU

Die CSU war von Beginn an bestrebt, ihre Selbständigkeit gegenüber der CDU zu wahren, und sie hatte daher auch bei der Bildung der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU darauf geachtet, daß diese lediglich als „schwache organisationspolitische Verklammerung“ ausgestaltet wurde<sup>52</sup>. Es entsprach dieser Einstellung, daß die CSU die Bemühungen führender CDU-Politiker, mit Hilfe des Frankfurter Apparates den Bundestagswahlkampf 1949 der Union zu koordinieren, mit spürbarer Distanz verfolgte und ihre Eigenständigkeit auch im Wahlkampf weitgehend aufrechterhielt<sup>53</sup>. Autorisierte Vertreter der CSU nahmen weder an den Sitzungen des Wahlausschusses am 14. Februar und 5. März 1949 noch an der Sitzung des Wahlrechtsausschusses am 19. März teil. Der CSU-Vorsitzende Josef Müller hatte sein Kommen für die beiden letzten Sitzungen zwar in Aussicht gestellt, dann aber seine Teilnahme kurzfristig telefonisch abgesagt. Zwar hatte Müller gegenüber Adenauer am 18. März geäußert, daß sich die Ausschußmitglieder darauf verlassen könnten, daß die CSU die Vor-

<sup>47</sup> Stenographische Niederschrift, Anm. 14, S. 76 ff.

<sup>48</sup> Blankenhorn an Hans Wendt vom 3.5.1949, StBkAH, 02.02.

<sup>49</sup> Bericht Schreibers, Anm. 26.

<sup>50</sup> Rundschreiben Zimmers an die Landesvorsitzenden und Landesverbände der CDU/CSU vom 2.6.1949, ACDP, VII-003-001/1.

<sup>51</sup> Vgl. den Hinweis in der Darstellung in der Veröffentlichung des Protokolls des 1. Parteitages der CDU von 1950, S. 7.

<sup>52</sup> Alf Mintzel, Anm. 2, S. 268.

<sup>53</sup> Die Feststellung Günter Mücklers, Anm. 2, S. 54, daß CDU und CSU, d. h. die Arbeitsgemeinschaft, den Wahlkampf gemeinsam „führten“, läßt sich so uneingeschränkt nicht aufrechterhalten.

schläge des Ausschusses „etwa den dortigen [bayerischen] Verhältnissen angepaßt“ übernehmen werde<sup>54</sup>. In bezug hierauf bestand allerdings in CDU-Kreisen eine nicht unbegründete Skepsis, der Adenauer bereits am 5. März Ausdruck gegeben hatte, als er im Wahlausschuß in der Diskussion über die Kompetenzen des einzusetzenden Wahlrechtsausschusses äußerte: „Wenn wir jetzt z. B. der bayerischen CSU vorschreiben würden, wir machen einen Ausschuß und der soll die und die Rechte haben, dann können Sie sich darauf totensicher verlassen, daß es heißen wird: nein!“<sup>55</sup>

Angesichts dieser Lagebeurteilung, die offensichtlich allseits geteilt wurde, hielt es Zimmer für unausweichlich, in absehbarer Zeit die Frage aufzuwerfen und zu beantworten, „ob die ständigen einseitigen Rücksichten auf unsere Freunde in Bayern nicht der CDU einen ungeheuren Schaden zufügen“, da es im Augenblick so sei, „daß die Gesamtpolitik der CDU immer nur in entscheidenden Fragen sich nach München richtet“<sup>56</sup>. Adenauer teilte die Einschätzung und Sorgen Zimmers durchaus. Einen offenen Konflikt zwischen CDU und CSU, dem Zimmer anscheinend nicht mehr ausweichen wollte, hielt er jedoch im Hinblick auf die anstehende Bundestagswahl für verhängnisvoll, und er versuchte daher, das bayerische Problem auf andere Art zu lösen.

Der vom Wahlausschuß am 5. März 1949 eingesetzte Arithmetiker-Ausschuß hatte in seiner Sitzung sechs Tage später, an der wiederum kein CSU-Vertreter teilnahm, anhand der Bevölkerungsstatistik und der vorausgegangenen Landtagswahlergebnisse das voraussichtliche Bundestagswahlergebnis unter Zugrundelegung des vor der Verabschiedung stehenden Wahlrechts für den ersten Bundestag hochgerechnet. Dabei war er zu dem Ergebnis gekommen, daß der Wahlsieg der CDU/CSU „im wesentlichen vom Ausgang der Wahlen in Bayern“ abhängen werde<sup>57</sup>. Adenauer hat sich diese Auffassung im folgenden zu eigen gemacht und sie sowohl am 30. März 1949 vor dem Zonenausschuß der CDU in der britischen Zone als auch am 19. Mai 1949 vor dem „Wahlrechtsausschuß“ vertreten<sup>58</sup>.

Die Wahlaussichten der CSU ließen nun aber im Frühjahr 1949 zu wünschen übrig. Zum einen war ihr in der Bayernpartei ein äußerst unangenehmer Konkurrent entstanden, der dieselben Wählerkreise wie die CSU ansprach<sup>59</sup>, zum anderen befand sich die CSU selbst in einer inneren Krise, da über den Kurs und die Führung der Partei eine so heftige innerparteiliche Auseinandersetzung ausgebrochen war, daß zeitweilig ein Auseinanderbrechen der Partei drohte<sup>60</sup>. Adenauers Hoffnungen auf einen

<sup>54</sup> Vgl. Stenographische Niederschrift, Anm. 10, S. 7.

<sup>55</sup> Stenographische Niederschrift, Anm. 6, S. 35.

<sup>56</sup> Ebenda, S. 35 f.

<sup>57</sup> Niederschrift, Anm. 7, S. 3.

<sup>58</sup> Stenographische Niederschrift über die Sitzung des Zonenausschusses der CDU in der britischen Zone am 30. und 31.3.1949, ACDP, I-009-004/1 (NL Dörpinghaus), S. 11; Stenographische Niederschrift, Anm. 14, S. 42.

<sup>59</sup> Vgl. Ilse Unger, Die Bayernpartei. Geschichte und Struktur 1945-1957, Stuttgart 1979; Konstanze Wolf, CSU und Bayernpartei. Ein besonderes Konkurrenzverhältnis 1948-1960, Köln 1982.

<sup>60</sup> Dazu zusammenfassend Alf Mintzel, Anm. 2, S. 222-250.

Ausgleich zwischen CSU und Bayernpartei und den Abschluß eines Wahlabkommens zwischen beiden Parteien erfüllten sich nicht. Als erfolgreicher erwiesen sich jedoch seine Bemühungen, zur Schlichtung des CSU-internen Konfliktes beizutragen.

Innerhalb der CSU existierten seit ihrer Gründung zwei sich schroff gegenüberstehende Flügel. An der Spitze des einen stand Josef Müller, von 1946 bis Mai 1949 Parteivorsitzender, der das „Konzept einer betont interkonfessionellen, auf breiter sozialer Basis aufruhenden Massenpartei moderner Prägung“ vertrat. Der andere wurde von Alois Hundhammer und Fritz Schäffer geführt, und er stand „viel deutlicher in der bayerisch-katholischen Tradition der Bayerischen Volkspartei“<sup>61</sup>. Der Konflikt zwischen diesen beiden Richtungen gewann seit dem Ausgang des Jahres 1948 dadurch immer mehr an Schärfe, als durch die bevorstehende Verabschiedung des Grundgesetzes und die Konstituierung des westdeutschen Staates über die Haltung Bayerns in diesen Fragen zu entscheiden war und auf diesem Gebiet ein grundsätzlicher Dissens zwischen beiden Flügeln bestand<sup>62</sup>.

Adenauer wertete die CSU-internen Auseinandersetzungen weniger als einen Ausdruck sachlicher als vielmehr persönlicher Gegensätze, und er wurde in dieser Einschätzung von Jakob Kaiser nachdrücklich unterstützt<sup>63</sup>. Adenauer plädierte für eine Vertagung des Streites, für einen „Burgfrieden“ bis nach der Bundestagswahl; er stieß aber mit dieser Anregung am 19. Mai im Wahlrechtsausschuß auf heftige Ablehnung der anwesenden bayerischen Vertreter, die dafür eintraten, innerhalb der CSU den Streit jetzt auszutragen und damit eine eindeutige Klärung der Lage herbeizuführen<sup>64</sup>. Adenauer war hierüber zutiefst besorgt<sup>65</sup>, und er versuchte daher seinerseits, direkt auf die Entscheidungen innerhalb der CSU einzuwirken. Denn obwohl er grundsätzlich die Auffassung vertrat, daß er kein Recht habe, sich „in diese innerbayerischen Sachen irgendwie einzumischen“, hielt er in diesem Fall sein Eingreifen im Interesse des „Gesamtwohls unserer Partei“ für notwendig<sup>66</sup>.

Schon zu einem früheren Zeitpunkt, im Februar 1949, hatte Adenauer auf die Entwicklung in Bayern eingewirkt, als er dem Bezirksvorsitzenden der CSU von Mittelfranken, Karl Sigmund Mayr, der auf bayerischem Boden eine CDU gründen wollte, mit der Begründung abriet, die Entwicklung innerhalb der CSU abzuwarten<sup>67</sup>. Adenauer ging es in diesen Monaten stets darum, die Wogen innerhalb der CSU zu glätten und ihr Auseinanderbrechen zu verhindern. Diesem Zweck diente auch ein Brief,

<sup>61</sup> Zitate nach Dieter Albrecht, Hans Ehard (1887-1980), in: Jürgen Aretz u. a. (Hrsg.), *Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts*, Bd. 5, Mainz 1982, S. 279.

<sup>62</sup> Dazu die knappe Zusammenfassung von Peter Jakob Kock, *Bayerns Weg in die Bundesrepublik*, Stuttgart 1983, S.319-326.

<sup>63</sup> Stenographische Niederschrift, Anm. 14, S. 48 f.

<sup>64</sup> Ebenda, S. 47 und S. 52.

<sup>65</sup> Ebenda, S. 54 und *Die CDU/CSU im Parlamentarischen Rat. Sitzungsprotokolle der Unionsfraktion*, bearb. von Rainer Salzmann, Stuttgart 1981, S. 569.

<sup>66</sup> Stenographische Niederschrift, Anm. 14, S. 43.

<sup>67</sup> Ebenda, S. 53.

den er am 14. Mai 1949 an Alois Hundhammer richtete, der zu den entschiedensten Verfechtern einer Ablehnung des Grundgesetzes zählte. Adenauer versuchte hierin die Proportionen zurechtzurücken, indem er über das Grundgesetz hinaus auf die Wahlen zum Bundestag verwies und auf die „Verfolgung unserer gemeinsamen christlichen Ideale“ abhob, die „unter den Verhältnissen, wie sie sich leider in Bayern entwickelt haben“, Schaden zu nehmen drohten<sup>68</sup>.

Durch die Abstimmung im bayerischen Landtag in der Nacht vom 19. auf den 20. Mai 1949 über das Grundgesetz, in der die CSU-Fraktion mit annähernder Geschlossenheit zwar das Grundgesetz ablehnte, aber seine Rechtsverbindlichkeit für Bayern anerkannte<sup>69</sup>, war zwar die erste Hürde genommen, eine Beruhigung der Gemüter trat gleichwohl nicht ein. Dies war vor allem darauf zurückzuführen, daß für den 28. Mai 1949 in Straubing eine Sitzung der Landesversammlung der CSU angesetzt war, auf deren Tagesordnung u. a. die Neuwahl des Parteivorsitzenden stand. Die Gefolgschaft Müllers, der sich einer breiten Oppositionsströmung gegenüber sah, die mit dem Ministerpräsidenten Hans Ehard einen Gegenkandidaten nominiert hatte<sup>70</sup>, machte sich in dem Bestreben auf den Weg nach Straubing, die Auseinandersetzung mit ihren innerparteilichen Opponenten zu suchen und „ihren Gegner zu Boden [zu] schmettern“<sup>71</sup>. Angesichts dieser Ausgangslage ließ allein die Wahl Ehards, der über „landesväterliche Autorität“<sup>72</sup> und eine ausgeprägte „Integrationsfähigkeit“<sup>73</sup> verfügte, hoffen, daß die CSU vor dem Auseinanderbrechen bewahrt würde, und Adenauer hat daher mit Nachdruck die Kandidatur Ehards unterstützt.

Am 19. Mai 1949 schrieb Adenauer an Ehard und Hundhammer<sup>74</sup>. Ehard, den er als „bisher noch nicht parteipolitisch zu sehr exponierte Persönlichkeit“ bezeichnete, bat er dringend, in Straubing zu kandidieren, und Hundhammer ersuchte er ebenso nachdrücklich, im Hinblick auf die Bundestagswahl in Straubing „unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß die CSU geschlossen bleibt“. Wenige Tage später, am 26. Mai 1949, sandte Adenauer sodann gleichlautende Schreiben an mehrere Bezirks- und Kreisvorsitzende der CSU, in denen er sie aufforderte, ihren „ganzen Einfluß dahin aufzubieten, daß in Straubing eine Lösung gefunden wird, die nicht nur die Geschlossenheit der CSU besiegelt, sondern die auch die CSU wieder aktiv macht und den sicherlich nicht unerheblichen Prozentsatz von Wählern, die sich bisher weder für die eine noch für die andere Partei [CSU und Bayernpartei] entschlossen haben, dazu

<sup>68</sup> Vgl. Hans Peter Mensing, Anm. 5, S. 455 f.

<sup>69</sup> Vgl. Peter Jakob Kock, Anm. 62, S. 323-326.

<sup>70</sup> Zur Vorbereitung dieser Kandidatur vgl. Alf Mintzel, Anm. 2, S. 243 ff.

<sup>71</sup> So Adenauer vor der CDU/CSU-Fraktion des Parlamentarischen Rates am 24. Mai 1949. CDU/CSU, Anm. 65, S. 569.

<sup>72</sup> Dieter Albrecht, Anm. 61, S. 277.

<sup>73</sup> Rudolf Morsey, Zwischen Bayern und der Bundesrepublik. Die politische Rolle des bayerischen Ministerpräsidenten Hans Ehard 1946-1949, in: Juristenzeitung, 36. Jg. (1981), S. 369.

<sup>74</sup> Hans Peter Mensing, Anm. 5, S. 461 f.

veranlaßt, für die CSU zu stimmen"<sup>75</sup>. Adenauer hatte damit getan, was zu tun er in der Lage war. Die spätere Feststellung Josef Müllers, daß Adenauers Eingreifen seinen Sturz und die Wahl Ehards in Straubing bewirkt habe<sup>76</sup>, ist sicherlich nicht haltbar. An seiner Beteiligung kann allerdings nicht gedeutelt werden, und er hat den Ausgang der Straubinger Wahl mit Erleichterung zur Kenntnis genommen. An Hundhammer schrieb er am 6. Juni 1949, daß er hoffe, „daß es nunmehr gelingen wird, allmählich eine ruhigere und friedlichere Atmosphäre in Bayern zu schaffen“, um dann fortzufahren: „Ich hatte ernste Sorgen, daß das gesamte Ergebnis der Bundestagswahl durch die Vorgänge in Bayern in unerwünschter Weise beeinflußt werden könnte“<sup>77</sup>. Damit war Adenauer wieder auf sein ureigenstes Anliegen in diesen Monaten zurückgekommen, und er hatte nochmals begründet, aus welchem Grund er der Entwicklung innerhalb der CSU solche Aufmerksamkeit geschenkt und sein Eingreifen für notwendig erachtet hatte.

Die Wahl Ehards zum CSU-Vorsitzenden bedeutete jedoch nicht, daß die von Adenauer „erstrebte enge Zusammenarbeit der Unionsparteien“ in Bayern auf größeres Entgegenkommen stieß<sup>78</sup>. Auch Ehard betonte stets die Selbständigkeit der CSU<sup>79</sup>, und ihre Beteiligung und Einbindung am von Frankfurt aus organisierten Bundestagswahlkampf der Union blieb gering.

Der dem Presse- und Propagandaausschuß am 8. Mai vorgelegte Vorschlag für den Spitzenrednereinsatz enthielt lediglich die Namen von fünf CSU-Politikern<sup>80</sup>. Ihre Neigung, außerhalb Bayerns aufzutreten, war aber - wie das Beispiel von Hans Schütz zeigt - offensichtlich nicht sehr ausgeprägt. Er erhielt Anforderungen aus den Landesverbänden Nord-Württemberg, Hessen, Braunschweig und Hannover, erklärte sich aber nur bereit, auf je zwei Veranstaltungen in den an Bayern angrenzenden Ländern Hessen und Nord-Württemberg zu sprechen<sup>81</sup>. Andererseits war jedoch auch die Bereitschaft von CDU-Politikern, nach Bayern zu reisen, ebenfalls nur begrenzt vorhanden, und die Bitten aus Bayern an CDU-Politiker, in Bayern zu sprechen, hielten sich ebenso in Grenzen. So nennt ein Schreiben des Frankfurter Generalsekretariats an das Landessekretariat der CSU von Anfang Juli 1949 jeweils nur drei CDU-Politiker, die für Wahlkundgebungen in Bayern zur Verfügung standen bzw. von Bayern als Redner angefordert worden waren. Bei den ersteren handelte es sich um Friedrich Holzapfel, Ludwig Erhard und Hans Schlange-Schöninghen, bei

<sup>75</sup> Adenauer an August Bender, Karl Greib, Landrat Grömling und Fritz Dengler vom 26.5.1949; alle Briefe in StBkAH, 09.01.

<sup>76</sup> Josef Müller, *Bis zur letzten Konsequenz. Ein Leben für Frieden und Freiheit*, München 1975, S.357. Kritisch zu dieser Darstellung Alf Mintzel, Anm.2, S.245ff.; Rudolf Morsey, Anm.73, S.369.

<sup>77</sup> Adenauer an Hundhammer vom 6.6.1949, StBkAH, 09.03.

<sup>78</sup> Rudolf Morsey, Anm. 73, S. 369.

<sup>79</sup> Alf Mintzel, Anm. 2, S. 269 f.

<sup>80</sup> Rundschreiben Dörpinghaus', Anm. 27. Dabei handelte es sich um Michael Horlacher, Gerhard Kroll, Josef Müller, Hans Schütz und Max Zwicknagel.

<sup>81</sup> Nickel an das Landessekretariat der CSU vom 6.7.1949, ACDP, I-351-003/2 (NL Gottaut).



den letzteren wiederum um Ludwig Erhard sowie Anton Storch und Theodor Blank, von denen jedoch Storch und Blank einen Auftritt in Bayern ablehnten<sup>82</sup>.

Ähnlich verhielt es sich mit der von Frankfurt herausgegebenen Wahlzeitung „Union im Wahlkampf“. Sie ist zwar offensichtlich auch in Bayern vertrieben worden<sup>83</sup>, sie traf hier jedoch auf Konkurrenzunternehmen. So gab die CSU-Landesleitung ab Ende Juni 1949 einen eigenen Informations- und Rednerdienst heraus, und ab Juli 1949 erschien zusätzlich noch ein Wochenblatt „CS-Union“, das „der parteiinternen Wahlkampf-Koordination und politischen Formierung und Ausrichtung der zerstrittenen und zersplitterten CSU-Kreise und sympathisierenden Gruppen und Organisationen“ diente<sup>84</sup>.

Die CSU sah sich in erster Linie mit den spezifischen bayerischen Problemen konfrontiert, und sie versuchte, sie auch unter Führung Ehards relativ eigenständig und unabhängig von der CDU zu lösen. Dies zeigt sich nicht nur bei der organisatorischen Durchführung des Wahlkampfes, sondern ebenso in Ehards Bestreben - wie noch zu zeigen sein wird -, in der Wahlkampfführung auch inhaltlich etwas andere Schwerpunkte zu setzen und einen weniger aggressiven Wahlkampfstil zu pflegen, als dies Konrad Adenauer und die von ihm geführte zentrale Wahlkampforganisation in Frankfurt taten.

### 3. Das Wahlkampfziel

Für Adenauer gab es über das im Wahlkampf anzustrebende Ziel nie einen Zweifel. Ihm ging es in erster Linie darum, wie er am 5. März 1949 im Wahlausschuß verkündete, „zu verhindern, daß in diesem Bundestag SPD plus KPD eine Mehrheit“ erreichen, denn dies würde unzweifelhaft ein „sozialistisches Kabinett“ zur Folge haben<sup>85</sup>. Alle anstehenden Entscheidungen der Wahlkampfführung waren daher nach Adenauer unter dieser Prämisse zu fällen. Das aber hieß, daß die Auseinandersetzung mit der SPD den inhaltlichen Schwerpunkt des Wahlkampfes würde abgeben müssen, was wiederum die Bildung einer Bundesregierung aus Union und SPD nach den Wahlen nicht eben fördern konnte. Dies lag nun ganz im Interesse Adenauers, der Ende Mai 1949 auf einer Wahlkundgebung der CDU in Stuttgart konstatierte, daß es für die CDU „vernichtend“ sein würde, „wenn das erste Bundeskabinett maßgebend von der SPD besetzt“ werde<sup>86</sup>. Adenauer strebte dagegen eine Mehrheit an, „mit der vernünftig gearbeitet werden könne“<sup>87</sup>. Es gibt keinen Zweifel, daß er hierbei an eine Koalitionsbildung dachte, wie sie bereits im Frankfurter Wirtschaftsrat existierte.

Andere CDU-Politiker, wie der ehemalige Vorsitzende der CDU Berlin und der

<sup>82</sup> Ebenda.

<sup>83</sup> Günter Mühler, Anm. 2, S. 54.

<sup>84</sup> Alf Mintzel, Anm. 2, S. 165. Vgl. auch Heinz-Dietrich Fischer, Parteien und Presse in Deutschland seit 1945, Bremen 1971, S. 159.

<sup>85</sup> Stenographische Niederschrift, Anm. 6, S. 26 und 33.

<sup>86</sup> Meldung des „Tagesspiegels“ vom 29.5.1949.

<sup>87</sup> Äußerung Adenauers auf einer anschließenden Pressekonferenz, ebenda.

sowjetisch besetzten Zone, Jakob Kaiser, und wie der hessische CDU-Vorsitzende Werner Hilpert sahen dies allerdings anders. Hilpert ließ im Wahlausschuß am 5. März verlauten, daß er die Mehrheitsbildung von Frankfurt „nicht unbedingt für die beste Lösung“ hielt, und Jakob Kaiser plädierte bei gleicher Gelegenheit für eine Koalition aus CDU und SPD auf Bundesebene, „die gemeinsam die Verantwortung für die Neuordnung des deutschen Lebens“ tragen sollten, denn „das Beste ist für Deutschland, wenn sich die beiden großen Parteien zusammenfinden“<sup>88</sup>.

Diese Einwürfe kamen Adenauer durchaus ungelegen, und er hat sich deshalb sofort bemüht, eine Diskussion hierüber abzubiegen, indem er wider besseres Wissen einwand, daß die Wahlkampfführung mit der späteren Koalitionsbildung nichts zu tun habe. Kaiser beschied er, daß er zwar ebenfalls grundsätzlich eine Zusammenarbeit zwischen den beiden großen Parteien angesichts der bestehenden Notlage für wünschenswert hielte, dies jedoch an der SPD scheiterte, die „unter Anwendung aller Mittel, die ihr zur Verfügung stehen, mit den größten Verleumdungen und den niederträchtigsten Lügen die Mehrheit zu bekommen“ trachte<sup>89</sup>. Mit diesen Bemerkungen hatte Adenauer bereits angedeutet, wie er mit der SPD im Wahlkampf umzugehen gedachte, und es ist ihm im folgenden gelungen, sich mit seinen Vorstellungen in allen wichtigen Fragen der Wahlkampfführung - sowohl im Hinblick auf die Zielsetzung wie die anzuwendenden Methoden - durchzusetzen.

#### 4. Die Wahlrechtsfrage

Als mit der Einsetzung eines Wahlausschusses in den ersten Januartagen 1949 die Vorbereitungen der CDU/CSU für den Bundestagswahlkampf begannen, war die Frage noch offen, welches Wahlrecht für die Bundestagswahl gelten würde. In den Beratungen des Parlamentarischen Rates gehörte das Wahlrecht „zu den am ausführlichsten diskutierten Einzelfragen“, obgleich bis zum Schluß umstritten war, ob dieser Gegenstand überhaupt in seine Zuständigkeit fiel<sup>90</sup>. Kontrovers gestaltete sich dabei vor allem die Diskussion über die Grundsatzfrage, ob ein Mehrheitswahlrecht oder ein Verhältniswahlrecht anzustreben sei.

Die CDU/CSU-Fraktion des Parlamentarischen Rates votierte aus grundsätzlichen Erwägungen für die Einführung eines Mehrheitswahlrechtes, stieß hiermit aber auf den Widerstand der SPD und der Mehrheit der kleineren Parteien, die Ende Fe-

<sup>88</sup> Stenographische Niederschrift, Anm. 6, S. 25 und S. 32.

<sup>89</sup> Ebenda, S. 26 und S. 33.

<sup>90</sup> Zitat nach Volker Otto, Das Staatsverständnis des Parlamentarischen Rates. Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, Düsseldorf 1971, S. 164. Übersichtliche Darstellung der Wahlrechtsdiskussion in diesem Gremium ebenda, S. 164-172. Ausführliche Abhandlung von Erhard H. M. Lange, Anm. 7, S. 329-408. Neueste Zusammenfassung unter politologisch-systematischen Gesichtspunkten von Eckhard Jesse, Wahlrecht zwischen Kontinuität und Reform. Eine Analyse der Wahlsystemdiskussion und der Wahlrechtsänderungen in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1983, Düsseldorf 1985, S. 91-97.

bruar 1949 gemeinsam gegen die Stimmen von CDU/CSU und KPD ein Wahlgesetz für die Wahl zum 1. Bundestag beschlossen, das eine Verhältniswahl von 410 Abgeordneten vorsah, von denen die Hälfte aufgrund einfacher Mehrheitswahl in den Bundestag gelangen sollte<sup>91</sup>. Diese Entscheidung stellte sich Anfang März jedoch als obsolet heraus, als die alliierten Militärgouverneure intervenierten und dem Parlamentarischen Rat bedeuteten, daß die Wahlgesetzgebung in die Kompetenz der Länder falle und für jedes einzelne Land ein eigenes Wahlgesetz erlassen werden müsse<sup>92</sup>.

Angesichts dieser Ausgangsposition gab Adenauer in der Sitzung des Wahlausschusses am 5. März 1949 seine Beurteilung wie folgt ab: „Lassen wir uns nicht in theoretischen Überlegungen über Verhältnis- und Mehrheitswahlrecht ergehen, sondern lassen wir sehr nüchtern durchprüfen und durchsprechen das letzte Landtagswahlergebnis in den verschiedenen Ländern, so daß wir anhand dieses Ergebnisses sehen, wie wir am besten fertig werden. Das scheint mir eine absolute Notwendigkeit zu sein, und zwar unter folgenden Gesichtspunkten: Wobei fahren wir am besten und was ist in den einzelnen Ländern mit Hilfe der anderen Parteien zu erreichen.“ Damit deutete Adenauer bereits an, daß für ihn das Mehrheitswahlrecht kein Glaubensbekenntnis darstellte und er die Wählrechtsfrage allein unter wahltaktischen Aspekten beurteilte. „Wir sind in einer Situation“, so führte er wenig später in derselben Sitzung aus, „die uns nötigt, zwar prinzipientreu zu sein und zu bleiben, aber doch gewisse Retuschierungen hier und da vorzunehmen“<sup>93</sup>.

Das Bekenntnis zum Mehrheitswahlrecht hielt Adenauer aus propagandistischen Gründen zwar auch in Zukunft in der Öffentlichkeit nach wie vor für angebracht; er sprach sich dann aber im Hinblick auf die von ihm angestrebte Zusammenarbeit mit den kleineren bürgerlichen Parteien dafür aus, in den Ländern, in denen ein Mehrheitswahlrecht nicht durchzusetzen sei, ein Verhältniswahlrecht anzustreben, das allerdings Listenverbindungen zwischen einzelnen Parteien zulassen müsse<sup>94</sup>.

Die Gegenposition innerhalb der CDU wurde vor allem von denjenigen vertreten, die im Unterschied zu Adenauer eher eine Zusammenarbeit zwischen den Unionsparteien und der SPD zu Lasten der kleineren Parteien im Auge hatten. Für diese Gruppe ergriff im Wahlausschuß am 5. März der Vorsitzende der CDU Hannover, Günther Gereke, das Wort und betonte, daß nach seiner Auffassung die CDU nicht so sehr an Listenverbindungen Interesse haben müsse, von denen insbesondere die kleineren Parteien profitierten, sondern vielmehr eine Sperrklausel anstreben müsse, „um diese kleinen Parteien nicht hochkommen zu lassen“. Unterstützung fand er hierbei insbesondere bei Werner Hilpert und Jakob Kaiser, die ihrerseits starke Bedenken gegen Adenauers Vorschlag vorbrachten, bei den Verhandlungen über das Wahlgesetz die Listenverbindungsfrage in den Vordergrund zu stellen<sup>95</sup>.

<sup>91</sup> Vgl. Erhard H.M. Lange, Anm. 7, S. 361 f.

<sup>92</sup> Ebenda, S. 363 f.; Volker Otto, Anm. 90, S. 165.

<sup>93</sup> Stenographische Niederschrift, Anm. 6, S.7 und S. 27; Vgl. auch Erhard H.M. Lange, Anm. 7, S.373f.

<sup>94</sup> Stenographische Niederschrift, Anm. 6, S. 11 ff., S. 16 f. und S. 22.

<sup>95</sup> Ebenda, S.14f., S.25 und S.31f.

Dieser Dissens wurde im folgenden damit zu überdecken versucht, daß Adenauer im Auftrag des Wahlausschusses am 22. März 1949 die der Union angehörenden Ministerpräsidenten ersuchte, im Falle der Verabschiedung eines Modellwahlgesetzes auf Verhältniswahlgrundlage durch die Ministerpräsidenten, wie es sich Mitte März 1949 abzeichnete, sowohl an der „Möglichkeit von Listenverbindungen unabdingbar“ festzuhalten, ebenso aber auch die Einführung einer Sperrklausel vorzusehen<sup>96</sup>.

Am 24. März 1949 kamen die Ministerpräsidenten überein, ein einheitliches Wahlrecht für die erste Bundestagswahl anzustreben. Ein entsprechendes Gesetz sollte der Parlamentarische Rat „aufgrund erneuter Beratungen“ mit Zweidrittelmehrheit verabschieden. An die Adresse der Militärgouverneure richteten die Ministerpräsidenten die Bitte, dieses Wahlgesetz sodann zu genehmigen<sup>97</sup>.

Damit war auch die CDU/CSU wieder mit dem Wahlrechtsproblem konfrontiert, und die Auseinandersetzungen über die Frage Mehrheitswahlrecht oder Verhältniswahlrecht entbrannten aufs neue. Diese Debatte, die in der Literatur schon ausführlich abgehandelt bzw. dokumentiert worden ist<sup>98</sup>, soll hier nicht nachgezeichnet werden. Hinzuweisen ist aber auf die Stellungnahme Adenauers in der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion des Parlamentarischen Rates am 4. Mai 1949, mit der er ziemlich eindeutig vom Mehrheitswahlrecht abrückte, das „auch große Gefahren“ in sich berge, da „dann die Frauen, die Jugend, die Flüchtlinge und die Berufsgruppen nicht [genügend] berücksichtigt werden können“<sup>99</sup>.

Adenauer, der auch bei dieser Gelegenheit wieder seinen Pragmatismus unter Beweis stellte, fand mit seiner positiven Bewertung des Verhältniswahlrechts keine Zustimmung in der Fraktion, die weiterhin für das reine Mehrheitswahlrecht eintrat<sup>100</sup>, ohne damit jedoch Erfolg zu haben. Das schließlich am 15. Mai 1949 nach heftigen Querelen zwischen dem Parlamentarischen Rat und den Ministerpräsidenten von letzteren erlassene Wahlgesetz zum ersten Deutschen Bundestag<sup>101</sup> beruhte auf dem Proportionalprinzip: Von den 400 Bundestagsabgeordneten wurden 60% auf der Grundlage des relativen Mehrheitswahlrechts in Ein-Mann-Wahlkreisen gewählt, die restlichen 40% über Landeslisten nach der Verhältniswahl, wobei die für die Kandidaten abgegebenen Stimmen für die Listen angerechnet wurden. Das Wahlgesetz enthielt zwar eine Sperrklausel, die aber auf die Länder bezogen war, so daß die kleineren Parteien, sofern sie regionale Schwerpunkte aufzuweisen hatten, gute Aussichten besaßen, in den Bundestag zu gelangen. Adenauer war somit in der Lage, sein bereits frühzeitig angekündigtes Konzept einer engen Zusammenarbeit mit den kleineren bürgerlichen Parteien im Wahlkampf zu verfolgen.

<sup>96</sup> Abdruck des Schreibens in: Erhard H.M.Lange, Anm.7, S.376f., und Hans Peter Mensing, Anm.5,S.423f.

<sup>97</sup> Abdruck des dieser EntschlieÙung in: Erhard H.M.Lange, Anm.7, S.379, und in: CDU/CSU, Anm.65,S.441.

<sup>98</sup> Vgl. Erhard H.M.Lange, Anm.7, S.381-388; CDU/CSU, Anm.65, S.464, 498, 531 ff, 542f., 548f.,559f.und 566.

<sup>99</sup> CDU/CSU, Anm. 65, S. 542. <sup>100</sup> Ebenda, S. 559.

<sup>101</sup> Dazu ausführlich Erhard H. M. Lange, Anm. 7, S. 389-408.

## 5. Wahlabkommen und Wahlbündnisse

Adenauer ließ zu keinem Zeitpunkt einen Zweifel daran aufkommen, daß er hierbei in erster Linie an die Partner der Union im Frankfurter Wirtschaftsrat, die FDP und die Deutsche Partei dachte. Schon bei der Diskussion über mögliche Listenverbindungen im Wahlausschuß am 5. März 1949 wies er darauf hin, daß als Partner für die CDU diese beiden Parteien in Frage kämen<sup>102</sup>. Dabei waren im Hinblick auf die FDP innerhalb der Union stärkere Einwände zu erwarten, die sich vor allem auf die unterschiedlichen Standpunkte im kulturellen Bereich bezogen. Diese Einschätzung hatte bereits in einer Redaktionsbesprechung des Generalsekretariats in Frankfurt am 17. Februar 1949 eine Rolle gespielt, in der für die Wahlkampfführung grundsätzlich festgelegt worden war, daß die Deutsche Partei als befreundet zu betrachten sei; dagegen von der FDP in kulturellen Fragen eine Abgrenzung erfolgen solle, dabei aber jede Polemik gegenüber dieser Partei zu unterlassen sei<sup>103</sup>.

Adenauer bemühte sich nun seinerseits, die Bedenken gegenüber der FDP mit dem Argument aus dem Wege zu räumen, daß die kulturellen Dinge nicht in die Kompetenz des Bundes fielen und im Wahlkampf daher auch nur eine untergeordnete Rolle spielen dürften. Hier ging es nach seiner Meinung statt dessen um ganz konkrete Dinge wie die Frankfurter Wirtschaftspolitik, und die könne und müsse im Zusammenwirken mit der FDP im Wahlkampf vertreten werden<sup>104</sup>.

Adenauer hat die Möglichkeit einer Verständigung mit der FDP und der Deutschen Partei zwei Wochen später erneut im Wahlrechtsausschuß angeschnitten. Während er sich in bezug auf die Deutsche Partei nur in der Weise äußerte, daß das Verhältnis der Union zu dieser Partei „noch positiv werden könne“, hielt er eine Beantwortung der Frage „wie behandeln wir die FDP im Wahlkampf“ angesichts der zu dieser Zeit noch ungeklärten Lage über den Fortgang der Beratungen über das Grundgesetz für verfrüht und wollte sie von der Haltung der FDP zu den in Bonn anstehenden Entscheidungen abhängig machen. Adenauer ließ jedoch erkennen, daß er damit rechnete, daß in Zukunft ein gemeinsames Vorgehen von Union und Liberalen möglich sei<sup>105</sup>, über das er offenbar mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der FDP, Franz Blücher, bereits gesprochen hatte<sup>106</sup>. In ein konkretes Stadium traten alle diese Überlegungen und Verhandlungen jedoch erst im Juni und Juli 1949.

Im Falle der Deutschen Partei erbrachten sie kein positives Ergebnis. Obwohl bereits im Februar 1949 aus gut informierter Quelle verlautete, daß Adenauer selbst mit der Deutschen Partei über ein Wahlbündnis verhandelt habe<sup>107</sup>, ergaben sich im Laufe des Frühjahrs 1949 Konflikte zwischen der CDU in Niedersachsen und der Deut-

<sup>102</sup> Stenographische Niederschrift, Anm. 6, S.9, S. 12 f. und S.33.

<sup>103</sup> Aktennotiz Gottauts, Anm. 5.

<sup>104</sup> Stenographische Niederschrift, Anm. 6, S. 13.

<sup>105</sup> Stenographische Niederschrift, Anm. 10, S. 17.

<sup>106</sup> Stenographische Niederschrift, Anm.6, S.9.

<sup>107</sup> Bericht Willy Brandts an den Parteivorstand der SPD vom 23.2.1949, Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), Bestand Schumacher J 79II.

schen Partei, die eine Zusammenarbeit beider Parteien im Bundestagswahlkampf unwahrscheinlich erscheinen ließen<sup>108</sup>. Adenauer, der sich in Kreisen der CDU Niedersachsen über die Vorgänge informierte, erfuhr, daß seine dortigen Parteifreunde ein Wahlbündnis mit der Deutschen Partei ablehnten<sup>109</sup>. Diese Auffassung bestätigte Günther Gereke, der am 18. Juli 1949 als Parteivorsitzender der CDU Hannover bestätigt worden war, nach seiner Wiederwahl einem Journalisten, und er sprach sich bei dieser Gelegenheit gleichzeitig auch gegen ein Zusammengehen mit der FDP aus. Gereke begründete diese Haltung mit den „besonders auf kulturellem und sozialem Gebiet vorhandenen großen Unterschieden“ zwischen CDU einerseits und FDP und Deutscher Partei andererseits<sup>110</sup>.

Genauso wie in Niedersachsen scheiterte auch in Hessen der Versuch, eine enge Zusammenarbeit zwischen CDU und FDP im Bundestagswahlkampf herbeizuführen. Befürworter eines Zusammengehens waren der stellvertretende Vorsitzende der CDU Hessen und Präsident des Frankfurter Wirtschaftsrates, Erich Köhler, und der hessische FDP-Vorsitzende August Martin Euler, die hierüber in Verhandlungen eingetreten waren. Im Landesvorstand der CDU stieß Köhlers Absicht jedoch auf einhellige Ablehnung<sup>111</sup>, und der Deutschland-Union-Dienst meldete am 12. Juli 1949 den Beschluß der CDU Hessen, von einer Listenverbindung der CDU mit der FDP für die Bundestagswahl abzusehen<sup>112</sup>.

Fühlungen über „lokal begrenzte Wahlabkommen“ gab es offenbar auch zwischen der CSU und der FDP. Nachdem am 1. und 5. Juli 1949 in der bayerischen Staatskanzlei „Burgfriedensgespräche“ zwischen Vertretern der CSU und der FDP stattgefunden hatten, in denen auch die Bayernpartei durch Anton von Aretin vertreten war<sup>113</sup>, meldete der „Münchner Merkur“ am 11. Juli 1949, CSU und FDP hätten sich geeinigt, daß in Ansbach allein die FDP und in Erlangen nur die CSU einen Kandidaten aufstellen wolle, der jeweils von der anderen Partei unterstützt werden solle<sup>114</sup>. Diese Meldung dementierte die Landesgeschäftsstelle der FDP in Bayern jedoch am folgenden Tag und bezeichnete sie „als einen Versuchsballon der CSU“<sup>115</sup>. Wahlabkommen zwischen CSU und FDP sind im folgenden auch nicht zustande gekom-

<sup>108</sup> Seebohm an Adenauer vom 23.6.1949, StBKAH, 09.02.

<sup>109</sup> Adenauer an Seebohm vom 4.7.1949, StBKAH, 09.02.

<sup>110</sup> Meldung der „Hannoverschen Neuesten Nachrichten“ vom 19.7. 1949.

<sup>111</sup> Am 16.5. 1950 schrieb Köhler an Hilpert: „Als ich bei den vorjährigen Wahlen zum Bundestag den Gedanken der Zusammenarbeit mit der FDP vertrat, blieb ich damals im Landesvorstand der einzige.“ ACDP, 1-021-002/2 (NL Hilpert).

<sup>112</sup> In dieser Meldung wurde bestritten, daß Köhler Initiator dieses Vorschlages gewesen sei, und darüber hinaus unterschlagen, daß Köhler im Landesvorstand eine Zusammenarbeit befürwortet hatte.

<sup>113</sup> Nach der Meldung der „Süddeutschen Zeitung“ vom 7.7. 1949 hatte hieran für die CSU ihr Vorsitzender Hans Ehard, ihr stellvertretender Vorsitzender August Haußleiter und Landesgeschäftsführer Franz Josef Strauß, für die FDP ihr 1. Vorsitzender Thomas Dehler und ihr 3. Vorsitzender Otto Bezold teilgenommen.

<sup>114</sup> Nach der Meldung des „Münchner Merkur“ wollte die FDP in Ansbach Konrad Frühwald aufstellen und die CSU in Erlangen Johannes Semler.

<sup>115</sup> Meldung der „Süddeutschen Zeitung“ vom 12.7. 1949.



men, und selbst über die „Burgfriedens-“ bzw. „Fairnessgespräche“ wußte die Süddeutsche Zeitung am 12. Juli 1949 zu berichten, daß sie an einem „toten Punkt“ angekommen seien.

Grundsätzlich anders als in Niedersachsen, Hessen und Bayern stellte sich die Lage in Hamburg dar. Bereits in der Sitzung des Wahlrechtsausschusses am 19. März 1949 hatte der Vorsitzende der CDU Hamburg, Hugo Scharnberg, einen gemeinsamen „Wahlblock“ von CDU und FDP für die Bundestagswahl angekündigt<sup>116</sup>, der dann auch gebildet wurde. CDU und FDP vereinbarten, daß jede der beiden Parteien jeweils nur in vier der acht Wahlkreise in Hamburg einen Kandidaten aufstellt und wechselseitig ihre Wähler bittet, in den einzelnen Wahlkreisen ihre Stimmen den jeweils von der FDP oder CDU vorgeschlagenen Kandidaten zu geben. Darüber hinaus verständigten sich beide Parteien auf eine gemeinsame Plakatwerbung und gemeinsame Wahlkundgebungen, um möglichst jeglichen Parteienstreit untereinander auszuschließen. In einem gemeinsamen Wahlauftritt begründeten die Parteivorsitzenden Hugo Scharnberg und Willy Max Rademacher das Abkommen mit der augenblicklichen Notlage und der gegenseitigen Übereinstimmung über die vordringlich zu bewältigenden Aufgaben auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik<sup>117</sup>.

Hamburg blieb allerdings die große Ausnahme, trotz aller Bemühungen Adenauers, in Nordrhein-Westfalen und Bremen wenigstens in Teilbereichen ähnliche Abmachungen zu erreichen. An der Notwendigkeit und Nützlichkeit von Wahlkampfabkommen mit der FDP bestanden für Adenauer auch Anfang Juli 1949, als die Entscheidungen über die Kandidatenaufstellungen anstanden, nicht die geringsten Zweifel. In einem Brief, den er in diesen Tagen an den Kreisvorsitzenden der CDU in Wuppertal, Eugen Huth, richtete, begründete er seine Auffassung damit, daß Wahlabkommen mit der FDP dazu dienen sollten, das bürgerliche Wählerreservoir möglichst vollständig auszuschöpfen und damit zu verhindern, daß es im Bundestag zu einer sozialistischen Mehrheit kommen würde<sup>118</sup>.

Adenauer versuchte daher in enger Abstimmung mit Franz Blücher durch Einwirkung auf Landes- und Kreisverbände der CDU gemeinsame Kandidaten von CDU und FDP in den Wahlkreisen durchzusetzen, in denen durch ein Zusammengehen dieser beiden Parteien ein Sieg über den SPD-Kandidaten möglich erschien. An die CDU Bremen sandte er am 22. Juli 1949 ein Telegramm, in dem er nachdrücklich darum ersuchte, „alles, was irgendmöglich ist, zu tun, um durch Verständigung mit [der] B[remer] D[emokratischen] V[olkspartei] [die] Wahl eines Sozialdemokraten zu verhindern“<sup>119</sup>. Blücher bat er am 14. Juli 1949 um seine Einschaltung bei der Kandidatenaufstellung im Wahlkreis Remscheid-Solingen und wies ihn außerdem auf den Wahlkreis Essen hin<sup>120</sup>. Am 22. Juli 1949 wandte er sich erneut an Blücher sowie den

<sup>116</sup> Stenographische Niederschrift, Anm. 10, S. 5.

<sup>117</sup> ACDP, X-001 (Wahlplakatesammlung).

<sup>118</sup> Adenauer an Eugen Huth vom 4.7.1949, StBkAH, 07.27.

<sup>119</sup> StBkAH, 08.13.

<sup>120</sup> BA, NL Blücher 78.

Vorsitzenden der FDP Nordrhein-Westfalen, Friedrich Middelhaue, um sie um die Unterstützung für den CDU-Kandidaten im Oberbergischen Kreis zu bitten<sup>121</sup>.

Von Erfolg waren diese Bemühungen allerdings nicht gekrönt. In keinem der genannten Fälle kam eine Verständigung mit der FDP zustande. Die Gründe hierfür waren anscheinend nicht so sehr bei den Liberalen, als vielmehr bei der CDU zu suchen. So scheiterte z. B. ein Abkommen im Wahlkreis Remscheid-Solingen trotz Entgegenkommen der örtlichen FDP am Votum des Landesvorstandes der CDU Westfalen<sup>122</sup>. Die Abneigung innerhalb der CDU in Rheinland und Westfalen gegen eine Zusammenarbeit mit der FDP erhellt auch ein Anruf der CDU Dortmund, der am 3. August 1949 bei Adenauer einging. Informationen über Bestrebungen, den bereits von der örtlichen CDU nominierten Kandidaten für den Wahlkreis Ennepe-Ruhr gegen einen FDP-Mann auszutauschen, hatten an der Basis und bei der katholischen Geistlichkeit so heftige Reaktionen ausgelöst, daß um einen Besuch Adenauers nachgesucht wurde, um die Gemüter wieder zu beruhigen<sup>123</sup>.

Das Ergebnis aller seiner Initiativen und Interventionen, mit denen Adenauer Wahlabkommen zwischen CDU und FDP auf Wahlkreisebene zu erreichen bestrebt war, stellte sich schließlich als äußerst mager heraus. In Bremen marschierten CDU und FDP getrennt, und in Nordrhein-Westfalen gelang es allein in den Wahlkreisen Wuppertal I und Wuppertal II ein Abkommen abzuschließen. Im Wahlkreis Wuppertal I verzichtete die CDU auf einen eigenen Kandidaten zugunsten der FDP, die dafür im Zusammenwirken mit der Deutschen Rechts-Partei als Gegenleistung im Wahlkreis Wuppertal II den CDU-Kandidaten unterstützte<sup>124</sup>.

Dieser erfolgreiche Abschluß mit der FDP hatte jedoch auf der anderen Seite, wie der Landesgeschäftsführer der CDU Rheinland, Hans Schreiber, konstatierte, eine „heftige Agitation“ des Zentrums gegen die CDU zur Folge<sup>125</sup>. Das weist zusammen mit den oben geschilderten Vorgängen im Wahlkreis Ennepe-Ruhr darauf hin, daß die weitgehend gescheiterten Versuche einer Zusammenarbeit zwischen CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen zum einen mit den Vorbehalten der in weiten Teilen des Landes stark katholisch geprägten Bevölkerung und ihrer Kirche gegenüber der ihnen in Fragen der Kirche und Kultur suspekten FDP zusammenhingen, zum zweiten aber auch auf die Existenz des gerade in diesen Gebieten noch relativ starken Zentrums zurückzuführen waren, das zur CDU in einem ausgeprägten Konkurrenzverhältnis stand.

Interventionen des Vertreters der Fuldaer Bischofskonferenz beim Parlamentarischen Rat, Wilhelm Böhler, die einen Abbau der Spannungen zwischen CDU und Zentrum in Nordrhein-Westfalen zum Ziel hatten, erwiesen sich als wenig erfolgreich. Fühlungnahmen und Sondierungsgespräche zwischen Adenauer und der Zen-

<sup>121</sup> StBkAH, 08.68.

<sup>122</sup> Christoph Heinrich Wolf an Adenauer vom 2.8.1949, StBkAH, 12.02.

<sup>123</sup> StBkAH, 12.02.

<sup>124</sup> Bericht Schreibers, Anm. 26, S. 2.

<sup>125</sup> Ebenda.

trumsführung, die Böhler einleitete und förderte, erbrachten lediglich den Beweis, daß das gegenseitige Mißtrauen zu groß war, um sich auf ein Wahlkampf- oder auch nur ein Fairnessabkommen zu einigen<sup>126</sup>. Anders war dies in Hessen, wo die CDU zusammen mit dem dort allerdings nur als Splitterpartei existierenden Zentrum und dem zahlenmäßig ebenfalls unbedeutenden Evangelischen Volksdienst einen „christlichen Wählerblock“ bildete<sup>127</sup>.

Bei einem Überblick über alle Wahlabkommen und Wahlbündnisse, die von der CDU angestrebt und abgeschlossen worden sind, läßt sich die Feststellung treffen, daß nur in Hamburg eine wirklich effektive Zusammenarbeit mit einer anderen Partei zustande gekommen ist. Das dortige enge Wahlbündnis zwischen CDU und FDP wurde in der Union weithin positiv bewertet, und nicht zuletzt zählte Ludwig Erhard zu denjenigen, die diese Verbindung von Christlichen und Freien Demokraten begrüßten und wünschten, die „Fronten“ von FDP und CDU über Hamburg hinaus in der „praktischen Politik noch enger aneinander zu führen“<sup>128</sup>. Eine solche Entwicklung befürwortete Erhard wohl nicht zuletzt deshalb, weil er zu beiden Parteien Bindungen besaß und sowohl CDU wie FDP bestrebt waren, Erhard als einen der ihren im Bundestagswahlkampf zu präsentieren.

### 6. Die Rolle Ludwig Erhards

Im Frühjahr 1948 wählte der Frankfurter Wirtschaftsrat den parteilosen Ludwig Erhard als Nachfolger von Johannes Semler auf Vorschlag der FDP zum Direktor der Verwaltung für Wirtschaft<sup>129</sup>. Damit gelangte ein Mann in diese Position, der ein eindeutig marktwirtschaftliches Programm vertrat, das die CDU im Frankfurter Wirtschaftsrat von nun an unterstützte. Mit der Währungsreform und dem Leitsatzgesetz im Sommer 1948 begann Erhard sein Konzept in die Realität umzusetzen, und fast gleichzeitig trat die CDU in der britischen Zone mit dem Frankfurter Wirtschaftsdirektor in eine engere Verbindung.

Am 28. Juni 1948 sprach Erhard auf einer politischen Großveranstaltung des Wirtschafts- und Sozialausschusses der CDU Westfalen<sup>130</sup>. Zwei Monate später hielt er bereits das Hauptreferat auf dem Zonenparteitag der CDU in der britischen Zone in

<sup>126</sup> Dazu der Briefwechsel Adenauers mit Böhler vom Juni/Juli 1949 in: StBkAH, 08.68 und 09.01. Außerdem Nowak an Adenauer vom 4.7. 1949, StBkAH, 08.68, und Adenauer an Hamacher vom 23.7.1949, StBkAH, 09.01.

<sup>127</sup> Dazu Hilpert an Berthold Martin vom 28.7.1949 sowie Briefwechsel Hilpert mit Knappstein vom 1. und 2.8. 1949, ACDP, 1-021-002/1-3 (NL Hilpert). Aufruf des „christlichen Wählerblocks“ in: ACDP, VII-003-001/2.

<sup>128</sup> Erhard an Blicher vom 28.7.1949, Archiv des Deutschen Liberalismus (ADL), FDP-Akten 49.

<sup>129</sup> Hierzu und zum folgenden ausführlich Gerold Ambrosius, Die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland 1945-1949, Stuttgart 1977, S. 155-181.

<sup>130</sup> Rudolf Uertz, Christentum und Sozialismus in der frühen CDU. Grundlagen und Wirkungen der christlich-sozialen Ideen in der Union 1945-1949, Stuttgart 1981, S. 196 f.

Recklinghausen<sup>131</sup>. Schließlich folgte ein weiterer Auftritt vor dem Zonenausschuß der CDU in der britischen Zone am 25. Februar 1949<sup>132</sup>.

Es war Adenauer, der sich bei dieser Gelegenheit zum rückhaltlosen Befürworter der Erhardschen Wirtschaftspolitik aufwarf und der bereits zu diesem Zeitpunkt die Meinung vertrat, mit Erhard und auf der Basis seiner Wirtschaftspolitik den Bundestagswahlkampf zu führen. Er tat dies mit der Begründung, daß zum einen Erhard die Fähigkeit besitze - wie seine Rede bewiesen habe -, „die Dinge zurückzuführen auf möglichst einfache und klare Begriffe“ und daß zum zweiten durch die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Monate die Richtigkeit seiner Prinzipien bewiesen worden sei<sup>133</sup>.

Da das Echo der Anwesenden auf Erhards Ausführungen „weitestgehend positiv“ ausfiel<sup>134</sup>, gelang es Adenauer relativ leicht, seine Parteifreunde zu bewegen, die zentrale Stellung Ludwigs Erhards in der Wahlkampfführung der Union zu akzeptieren. Vor dem Wahlrechtsausschuß der CDU am 19. Mai 1949 stellte Adenauer, ohne Widerspruch zu finden, fest, daß im Wahlkampf „Prof. Erhard die Hauptreden führen wird“<sup>135</sup>. Die Erfahrungen des Spitzenrednerdienstes haben in den nächsten Wochen bewiesen, daß diese Entscheidung einer in der Partei bestehenden Grundströmung entgegen kam; denn Erhard war von allen Unionspolitikern der gefragteste Redner, und er hat wie nur wenige andere seine Auftritte auf das gesamte Bundesgebiet - von Schleswig-Holstein bis Bayern - verteilt<sup>136</sup>.

Die Entscheidung Erhards, für die Union anzutreten, war gleichwohl nicht selbstverständlich, denn auch die FDP trat mit der Bitte an ihn heran, als ihr Repräsentant in Erscheinung zu treten. Sie tat es u. a. mit der Begründung, daß sie „in erster Linie“ Erhards „Kandidatur als Wirtschaftsdirektor betrieben habe“<sup>137</sup>, und sie erwartete nun hierfür eine Gegenleistung. Erhard hat in diese Richtung zielenden Wünschen aus der FDP insofern entsprochen, als er hin und wieder in Parteiveranstaltungen der FDP als Redner aufgetreten ist<sup>138</sup>.

Möglicherweise war es ein Ergebnis solcher Veranstaltungen, daß Anfang Mai 1949 in FDP-Kreisen der Eindruck entstand, Erhard könne geneigt sein, „für die FDP bei der nächsten [Bundestags]wahl zu kandidieren“<sup>139</sup>. Der Oberbürgermeister der Stadt Göttingen bot ihm daraufhin am 14. Mai 1949 die Kandidatur für die FDP

<sup>131</sup> Rede abgedruckt in: Konrad Adenauer und die CDU in der britischen Besatzungszone 1946-1949. Dokumente zur Gründungsgeschichte der CDU Deutschlands, bearb. von Helmuth Pütz, Bonn 1975, S.657-678. Dazu auch Rudolf Uertz, Anm. 130, S.199f., und Dorothee Buchhaas, Die Volkspartei. Programmatische Entwicklung der CDU 1950-1973, Düsseldorf 1981, S. 165 f.

<sup>132</sup> Rede abgedruckt in: Konrad Adenauer, Anm. 131, S. 838-854.

<sup>133</sup> Ebenda, S.854f.

<sup>134</sup> So Rudolf Uertz, Anm. 130, S. 201. Ausführliche Darstellung und Kommentierung der Diskussion von Gerold Ambrosius, Anm. 129, S.204, und Dorothee Buchhaas, Anm. 131, S. 167-171.

<sup>135</sup> Stenographische Niederschrift, Anm. 14, S. 96.

<sup>136</sup> Nach den Unterlagen im ACDP, 1-351-003/2 (NL Gottaut).

<sup>137</sup> Erhard an Hilpert vom 19.1. 1949, ACDP, 1-021-002/1 (NL Hilpert).

<sup>138</sup> So hatte z. B. Erhard Anfang Januar 1949 eine Rede auf einer Veranstaltung der LDP in Marburg/Lahn gehalten. Ebenda.

<sup>139</sup> Föge an Erhard vom 14.5.1949, Ludwig-Erhard-Stiftung (LES), NL Erhard 1.3/29; 1.

im Wahlkreis Göttingen an<sup>140</sup>. Erhard lehnte dieses Angebot mit dem Argument ab, daß seine Entscheidung noch ausstehe, ob er überhaupt für den Bundestag kandidieren werde<sup>141</sup>. Dies mochte zwar formal zutreffen; trotzdem ist davon auszugehen, daß Erhard solchermaßen antwortete, um gegenüber einem Repräsentanten der FDP nicht erklären zu müssen, daß er sein politisches Aktionsfeld endgültig innerhalb der CDU gefunden hatte.

Schon im Januar 1949 erhielt der Vorsitzende der CDU Hessen, Werner Hilpert, von Erhard die Zusage, er werde „bei den kommenden parteipolitischen Auseinandersetzungen mit besonderer Kraft für die CDU“ eintreten<sup>142</sup>. Vor dem Zonenausschuß der CDU in der britischen Zone bekannte er wenige Wochen später: „Meine Linie ist die Ihrige. Wenn es nicht der Fall wäre, dann wäre ich so ehrlich und würde nicht hier stehen“<sup>143</sup>.

Am 30. Mai 1949 erhielt Erhard das Angebot, für die Union einen Bundestagswahlkreis zu übernehmen. Es kam aus Nürnberg, Erhards Heimatstadt. Der Vorsitzende des Bezirksverbandes Mittelfranken der CSU, Karl Siegmund Mayr, bat Erhard, im Wahlkreis Mittelfranken zu kandidieren<sup>144</sup>. Wenige Tage später lehnte Erhard ab. Er begründete dies zunächst mit den innerhalb der CSU existierenden Spannungen, in die er nicht hineingezogen zu werden wünschte. Anschließend wies Erhard darauf hin, daß er die Frage seiner Kandidatur bereits mit Adenauer besprochen habe und mit ihm übereingekommen sei, in Nordrhein-Westfalen zu kandidieren, da dort sein Einsatz die „größten Erfolge“ erzielen könnte<sup>145</sup>.

Erhards Absage war gerade abgegangen, als ihn ein Brief des Vorsitzenden der CDU Nord-Württemberg, Wilhelm Simpfendörfer, erreichte, der ihm im Auftrag seines Landesvorstandes nach Absprache mit dem Vorsitzenden der CDU Nordbaden, Fridolin Heurich, und mit Zustimmung Adenauers bat, sich als Spitzenkandidat der CDU Württemberg-Baden zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig einen württembergischen Wahlkreis zu übernehmen<sup>146</sup>. Erhard ging auf dieses Angebot zunächst nicht ein und hielt seinen Wunsch aufrecht, in Nordrhein-Westfalen zu kandidieren<sup>147</sup>. Erst nach Rücksprache mit Adenauer, der Erhard mit „gewichtigen Argumenten“ zuredete, die ihm angetragene Spitzenkandidatur in Württemberg-Baden anzunehmen, gab Erhard am 21. Juni 1949 seine Zustimmung und erklärte außerdem seine Bereitschaft, sich im Wahlkreis Ulm/Heidenheim um ein Direktmandat zu bewerben<sup>148</sup>.

<sup>140</sup> Ebenda.

<sup>141</sup> Erhard an Föge vom 24.5.1949, LES, NL Erhard 1.3/29; 1.

<sup>142</sup> Erhard an Hilpert vom 19.1.1949, ACDP, 1-021-002/1 (NL Hilpert).

<sup>143</sup> Konrad Adenauer, Anm. 131, S. 864.

<sup>144</sup> Mayr an Erhard vom 30.5.1949, LES, NL Erhard 1.3/31; 5.

<sup>145</sup> Erhard an Mayr vom 8.6.1949, LES, NL Erhard 1.3/31; 5.

<sup>146</sup> Simpfendörfer an Erhard vom 9.6.1949, LES, NL Erhard 1.3/33; 3.

<sup>147</sup> Erhard an Adenauer vom 16.6.1949, StBKAH, 09.09.

<sup>148</sup> Erhard an Simpfendörfer vom 21.6.1949, LES, NL Erhard 1.3/33; 3. Die Rücksprache zwischen Adenauer und Erhard hatte Adenauer mit einem Schreiben an Erhard vom 18.6.1949 angeregt. StBKAH, 09.04.

Das Problem, das für Erhard mit der Übernahme der Spitzenkandidatur in Württemberg-Baden verbunden war, lag vor allem darin, daß gerade in diesem Land ein besonderer Gegensatz zwischen der CDU und der DVP, wie die Bezeichnung für die Liberalen hier lautete, bestand. Simpfendörfer hatte schon im Wahlausschuß der CDU am 5. März 1949 im Rahmen der Diskussion über mögliche Listenverbindungen mit der FDP darauf hingewiesen, daß ein Zusammengehen von CDU und DVP ausgeschlossen erscheine<sup>149</sup>. Verursacht wurde die ausgeprägte Gegnerschaft von CDU und DVP einmal durch die „klare Frontstellung der südwestdeutschen Liberalen gegen die christlich-demokratische Kultur- und Schulpolitik“<sup>150</sup>, zum anderen aber auch dadurch, daß beide Parteien sich einen erbitterten Kampf um die Stimmen der protestantischen bäuerlichen Bevölkerung lieferten<sup>151</sup>.

Erhard versuchte sich in der Weise aus der Konfliktlinie zwischen CDU und DVP herauszuhalten, daß er mit dem die Landesliste der DVP anführenden FDP-Vorsitzenden Theodor Heuss ein persönliches Fairnessabkommen schloß. Demnach wollten sich beide Politiker „gegenseitig in Wahlreden mit einem Ausdruck der Achtung bedenken“. Darüber hinaus erklärte Erhard in einem Schreiben an Heuss vom 8. Juli 1949, daß er nicht beabsichtige, „gegen die DVP aufzutreten“. Vielmehr sah er die Möglichkeit, jede „Trübung der gegenseitigen Übereinstimmung“ zwischen ihm und der DVP dadurch zu verhindern, indem beide Seiten in der Wahlkampfführung „die Verbundenheit in wirtschaftspolitischen Zielsetzungen betonen“ und damit klare Fronten schaffen<sup>152</sup>.

Auch dem stellvertretenden FDP-Vorsitzenden Franz Blücher bot Erhard „im Interesse unseres guten Einvernehmens und gleicher Ziele“ eine Vereinbarung über eine gegenseitige faire Wahlkampfführung an, auf die Blücher offensichtlich eingegangen ist. Erhard erklärte sich darin u. a. bereit, „nicht in den Bezirken sprechen zu wollen, in denen der FDP ein Erfolg winkt oder sie sich auf eine starke Wählerschaft stützen kann“<sup>153</sup>. Erhard war hinfert bestrebt, bei Wahlveranstaltungen nicht als Parteiredner aufzutreten, „sondern als Vertreter der Frankfurter marktwirtschaftlichen Politik“. Er

<sup>149</sup> Stenographische Niederschrift, Anm. 6, S. 39.

<sup>150</sup> Dieter Hein, Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945-1949, Düsseldorf 1985, S.348. Vgl. auch Uwe Dietrich Adam, Politischer Liberalismus im deutschen Südwesten 1945-1978, in: Paul Rothmund und Erhard R. Wien (Hrsg.), Die F.D.P./DVP in Baden-Württemberg und ihre Geschichte. Liberalismus als politische Gestaltungskraft im deutschen Südwesten, Stuttgart u. a. 1979, S.227f.

<sup>151</sup> Dieser Schluß läßt sich vor allem aufgrund der Wahlplakate ziehen, ACDP, X-001 (Wahlplakatsammlung). Vgl. ebenfalls Eugen Gerstenmaier, Streit und Friede hat seine Zeit. Ein Lebensbericht, Frankfurt/M. u. a. 1981, S. 297. Vgl. auch den Hinweis im Brief von Rudolf Vogel an Anton Pfeiffer vom 15.8. 1949, abgedruckt in: Auftakt zur Ära Adenauer. Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung 1949, bearb. von Udo Wengst, Düsseldorf 1985, S. 13 f.

<sup>152</sup> Erhard an Heuss vom 14.7.1949, LES, NL Erhard 1.3/30; 3. Brief ist auszugsweise veröffentlicht in: Wolfgang Benz, Von der Besatzungsherrschaft zur Bundesrepublik. Stationen einer Staatsgründung 1946-1949, Frankfurt/M. 1984, S.268f.

<sup>153</sup> Erhard an Blücher vom 14.7.1949, LES, NL Erhard 1.3/27; 6.



brachte seine „Kandidatur für die CDU nicht mehr zur Erwähnung“ und sprach „grundsätzlich nur gegen die Front der SPD“<sup>154</sup>. Das ermöglichte ihm trotz seiner Kandidatur für die CDU auch weiterhin ein weitgehend entspanntes Verhältnis zu den FDP-Vorsitzenden Heuss und Blücher<sup>155</sup>, die entsprechend ihrer Absprache mit Erhard agierten und in ihren Wahlreden zu Fragen der Wirtschaftspolitik ihre Übereinstimmung mit der Politik des Frankfurter Wirtschaftsdirektors betonten. So stellte z. B. Heuss Ende Juli 1949 in Kiel Sozialismus und Planwirtschaft der von ihm vertretenen freien Marktwirtschaft gegenüber<sup>156</sup>, und Blücher betonte Mitte des Monats in München in aller Öffentlichkeit: „Solange Prof. Erhard in seiner Wirtschaftspolitik fortfahre und gegen die Zwangswirtschaft auftrete, werde die FDP seine Politik unterstützen“<sup>157</sup>.

Erhard erwies sich damit im Wahlkampf als ein stabilisierender Faktor in den Beziehungen zwischen CDU und FDP, und durch sein starkes Engagement in Bayern trug er außerdem auch dazu bei, die Bindungen zwischen CDU und CSU zu festigen. Schließlich leistete Erhard noch einen wesentlichen Beitrag, als in der CDU die Ausarbeitung eines wirtschaftspolitischen Programmes für den Bundestagswahlkampf auf der Tagesordnung stand.

### 7. Die Düsseldorfer Leitsätze

Zentrum der Programmdiskussion innerhalb der frühen CDU war der Zonenverband in der britischen Zone. Mit dem Ahlener Programm vom 3. Februar 1947 hatte er ein Dokument vorgelegt, das über seinen Bereich hinausstrahlte und bis in die jüngste Vergangenheit Anlaß zu Diskussionen gegeben hat<sup>158</sup>. Im Ahlener Programm dominierten eher plan- als marktwirtschaftliche Elemente. Es forderte die „Entflechtung der Konzerne in selbständige Einzelunternehmen, doch auch ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland sowie Verstaatlichung, überwiegend jedoch Vergesellschaftung von Bergwerken und der eisenschaffenden Industrie, wobei Vergesellschaftung definitorisch Kartellgesetzgebung, gesetzliche Beschränkung des Aktienbesitzes sowie das sogenannte machterteilende Prinzip umfaßte, daß die Aufteilung wirtschaftlicher Macht auf verschiedene Träger verlangte“. Das von ihm „formulierte

<sup>154</sup> Erhard an Blücher vom 28.7.1949, ADL, FDP-Akten 49. Auszugsweise veröffentlicht in: Wolfgang Benz, Anm. 152, S. 269. Ähnlich auch Erhard an Baumgartner vom 13.7.1949: Er werde seine „ganze Stoßkraft gegen die SPD richte[n], von der nach meiner Überzeugung unserem Volke die ernstesten Gefahren drohen“. LES, NL Erhard I.3/27; 3.

<sup>155</sup> Ein Beispiel für die fast herzlichen Beziehungen zwischen Heuss und Erhard ist ein Brief des ersten an Erhard vom 19.7.1949, LES, NL Erhard I.3./30; 3.

<sup>156</sup> Meldung der „Welt“ vom 25.7.1949.

<sup>157</sup> Meldung des „Münchener Merkur“ vom 15.7.1949.

<sup>158</sup> Vgl. das Interview mit Kurt Biedenkopf über das Ahlener Programm in: „Der Spiegel“ vom 29.9.1975, S. 43, sowie Franz Josef Strauß, Das Erbe von Ahlen entzweit die Union, in: „Handelsblatt“ vom 15.10.1975, S.3.

Prinzip der Gewaltenteilung" gründete jedoch nicht auf sozialistischen, sondern ordoliberalen Vorstellungen, und es stand in der Tradition des „katholischen Solidarismus“<sup>159</sup>. Als Ziel der Wirtschaftspolitik nannte das Programm die „Bedarfsdeckung des Volkes“, die nicht durch eine Rekonstruktion der als gescheitert angesehenen kapitalistischen Ordnung anzustreben sei, sondern nur durch eine neue „gemeinwirtschaftliche Ordnung“ erreicht werden könne<sup>160</sup>, deren Elemente bereits oben skizziert worden sind.

Mit dem Ahlener Programm war jedoch zugleich ein „Höhe- und Endpunkt einer programmatischen Entwicklung“ erreicht, die Christentum und Sozialismus als Grundlage der CDU-Politik zusammenzufassen suchte<sup>161</sup>. Bereits wenige Monate nach seiner Verabschiedung setzten Bestrebungen des neoliberalen Flügels der CDU in der britischen Zone ein, ein neues Wirtschaftsprogramm für die CDU zu schaffen. Daß die Vorstellungen und Absichten der Neoliberalen überraschend schnell Resonanz innerhalb der CDU fanden, ist insbesondere darauf zurückzuführen, daß die von der Union unterstützte Wirtschaftspolitik in der Bizone, die Ludwig Erhard zielstrebig in marktwirtschaftliche Gleise lenkte, Erfolge zeigte und daher das besondere Interesse des Parteivorsitzenden Adenauer fand.

Initiator für ein neues Wirtschaftsprogramm der CDU war der Vorsitzende des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der CDU in der britischen Zone, Franz Etzel. Ein von ihm gebildeter inoffizieller Arbeitskreis begann im Dezember 1947 seine Arbeit<sup>162</sup>. Auf der Sitzung des Zonenausschusses der CDU in der britischen Zone am 19. und 20. Mai 1948 nahm die CDU von der Arbeit des Kreises um Etzel Kenntnis, der im folgenden in offizieller Eigenschaft die Aufgabe erhielt, ein „wirtschaftspolitisches Programm der CDU“ auszuarbeiten, dessen Grundlage nach Adenauers Worten das Ahlener Programm sein sollte<sup>163</sup>. Trotz des von Adenauer auch in der Folgezeit „stereotyp wiederholten Bekenntnisses“ zum Ahlener Programm, mit dem er kaum zu verhüllen vermochte, daß er von ihm mehr und mehr abrückte<sup>164</sup>, ergab der Bericht von Hugo Scharnberg über die Zielsetzung von Etzels Arbeitskreis eindeutig, daß von dieser Seite eine grundlegende Umorientierung der Wirtschaftsprogramm

<sup>159</sup> Dorothee Buchhaas, Anm. 131, S. 161.

<sup>160</sup> Theodor Blank, Vom Ahlener Programm zu den Düsseldorfer Leitsätzen - Zur Dogmengeschichte der CDU, in: Alfred Müller-Armack u.a. (Hrsg.), Wirtschafts- und Finanzpolitik im Zeichen der Sozialen Marktwirtschaft. Festgabe für Franz Etzel, Stuttgart 1967, S. 33-36. Das Programm ist abgedruckt in: Konrad Adenauer, Anm. 131, S. 280-286.

<sup>161</sup> Theodor Blank, Anm. 160, S.31. Zum Problem von Christentum und Sozialismus in der frühen CDU umfassend Rudolf Uertz, Anm. 130, passim.

<sup>162</sup> Gerold Ambrosius, Anm. 129, S. 108; Rudolf Uertz, Anm. 130, S. 198; Theodor Blank, Anm. 160, S.41.

<sup>163</sup> Konrad Adenauer, Anm. 131, S.494.

<sup>164</sup> Dorothee Buchhaas, Anm. 131, S. 165, führt hierzu näher aus, Adenauer habe „das Ahlener Programm stillschweigend auf eine Wirtschaftsgesinnung reduziert“. Dies sei ihm gelungen „durch die Zerlegung in einen grundsätzlichen Teil, der weiterhin gültig bleiben sollte, allerdings auch andere konkrete Lösungsmöglichkeiten tragen konnte, und einen konkreten zeitgebundenen, durch den Gang der Ereignisse überholten Teil“.

der Union intendiert war. „Wir wollen eine Abkehr von der zentral gelenkten Verwaltungswirtschaft“, ließ Scharnberg vernehmen, „und eine Rückkehr zur Marktwirtschaft unter starker Betonung des Leistungswettbewerbs“<sup>165</sup>.

Damit hatte Scharnberg im grundsätzlichen eine Richtung angegeben, die mit der von Ludwig Erhard in Frankfurt verfolgten Wirtschaftspolitik übereinstimmte. Für die Neoliberalen in der CDU bedeutete es daher eine große Unterstützung, daß auf dem Zonenparteitag der CDU in der britischen Zone am 28. und 29. August 1948 Erhard das Hauptreferat hielt, das unter dem Thema „Marktwirtschaft moderner Prägung“ stand<sup>166</sup>. Von diesem Tag ab galt Erhard als der „Wegweiser der Wirtschaftsprogrammatische der Union“<sup>167</sup>, und die endgültige Ausarbeitung des neuen Wirtschaftsprogrammes der CDU fand unter seiner maßgeblichen Beteiligung statt.

Etzels Arbeitskreis hatte um den Jahreswechsel 1948/49 einen Entwurf fertiggestellt, und er stand auf der Tagesordnung für die Zonenausschußsitzung der CDU in der britischen Zone, die für den 24. und 25. Februar 1949 angesetzt war. Den Entwurf sandte Herbert Blankenhorn im Einverständnis mit Adenauer Anfang Februar 1949 mit der Bitte an Erhard, Stellung zu nehmen. Von diesem lag bereits die Zusage vor, seinerseits „gewisse Vorschläge zur Gestaltung des Programmes zu machen“. Auf den besonderen Stellenwert von Erhards Äußerungen wies Blankenhorn Etzel Anfang Februar 1949 mit den Worten hin: „Da im kommenden Wahlkampf Prof. Erhard die Wirtschaftspolitik der CDU an hervorragender Stelle vertreten wird, ist es von besonderer Wichtigkeit, daß er bei der Verabschiedung des wirtschaftspolitischen Programmes mitwirkt“<sup>168</sup>.

Auf der soeben erwähnten Zonenausschußsitzung entwickelte Erhard sein marktwirtschaftliches Konzept in so eindrucksvoller Weise, daß Adenauer den Vortrag „klar und lichtvoll“ nannte und „die grundlegenden Wahrheiten so deutlich und überzeugend“ herausgearbeitet fand, daß er empfahl, ihn als Grundlage für das wirtschaftspolitische Wahlprogramm der CDU zu übernehmen<sup>169</sup>. Auf Vorschlag Erhards wurde ein Ausschuß führender Unionspolitiker aus allen drei Zonen eingesetzt, der in Zusammenarbeit mit Erhard das Wirtschaftsprogramm zu erstellen hatte. Das Programm war nach Absicht Adenauers knapp zu halten und in „Leitsätzen“ zu konzentrieren, die noch vor der Bundestagswahl fertig sein sollten<sup>170</sup>.

Die Arbeit an den Leitsätzen ging schnell voran, so daß sie Etzel bereits am 30. März 1949 dem Zonenausschuß vorlegen konnte<sup>171</sup>. Die Leitsätze griffen die Eigentumsproblematik nicht auf und gerieten daher in dieser Frage nicht in einen Ge-

<sup>165</sup> Konrad Adenauer, Anm. 131, S.499.

<sup>166</sup> Abgedruckt in: ebenda, S. 657-678.

<sup>167</sup> Rudolf Uertz, Anm. 130, S. 199.

<sup>168</sup> Alle Zitate und Zusammenhänge in diesem Absatz nach Blankenhorn an Etzel vom 3.2. 1949, StBKAH, 11.08.

<sup>169</sup> Rede Erhards abgedruckt in: Konrad Adenauer, Anm. 131, S. 838-854. Stellungnahme Adenauers ebenda, S. 854 f. und S. 858 f.

<sup>170</sup> Ebenda, S. 855 und S. 857.

<sup>171</sup> Dazu und zum folgenden Stenographische Niederschrift der Sitzung des Zonenausschusses der

gensatz zum Ahlener Programm, worauf insbesondere Adenauer Wert legte. Eine Divergenz ergab sich jedoch in der Frage der Planwirtschaft. Während das Ahlener Programm eine dezentrale Planung und Lenkung der Wirtschaft vorsah, lehnten die Leitsätze jede Art von Planwirtschaft ab, „ganz gleich, ob in ihr die Lenkungsstellen zentral oder dezentral, staatlich oder selbstverwaltungsmäßig organisiert sind“<sup>172</sup>. Dieser Widerspruch zwischen dem Ahlener Programm und den Leitsätzen schien Adenauer und seine Gefolgsleute jedoch nicht weiter zu stören. Sie betrachteten die Leitsätze vor allem unter funktionalistischen Gesichtspunkten, wie folgende Bemerkung Adenauers belegt. „Der Zweck des Ganzen“, so stellte er fest, „ist doch der, daß wir unsere Wirtschaftspolitik rechtfertigen und daß wir darauf gestützt den Wahlkampf gewinnen“<sup>173</sup>.

In der Zonenausschußsitzung am 3. Juni 1949 erfolgte die Verabschiedung der wirtschaftspolitischen Leitsätze zusammen mit ergänzenden Leitsätzen zur Sozial-, Agrar- und Wohnungsbaupolitik<sup>174</sup>. Einen Tag später wurden sie allen Landesvorsitzenden der Union mit der Bitte übersandt, bis zum 12. Juni 1949 abschließend Stellung zu nehmen<sup>175</sup>. Gleichzeitig erhielt die Presse eine erste Information<sup>176</sup>, was Werner Hilpert zu einem Protest veranlaßte<sup>177</sup>. Außerdem sprach sich der hessische Landesverband dagegen aus, die Leitsätze - wie vom Generalsekretariat der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU vorgesehen - bereits am 17. Juni 1949 in einer großen Pressekonferenz der Öffentlichkeit zu übergeben, da er zu der Auffassung gekommen war, daß es notwendig sei, „die Leitsätze hinsichtlich ihrer Formulierung nochmals zu überprüfen“<sup>178</sup>. Daraufhin wurde die Pressekonferenz abgesagt<sup>179</sup> und für den 1. Juli 1949 eine erneute Besprechung über die Leitsätze angesetzt<sup>180</sup>. Diese hat jedoch nicht stattgefunden<sup>181</sup>, und es gibt keinen Hinweis darauf, ob sie in den folgenden Tagen zustande gekommen ist. Da sich die Einwände von Hessen vor allem gegen die sozialpolitischen Leitsätze richteten<sup>182</sup>, nicht aber gegen die wirtschaftspolitischen, blieben diese grundsätzlich unangetastet, und sie sind in der vom Zonenaus-

CDU in der britischen Zone am 30.3.1949, ACDP, 1-009-004/1 (NL Dörpinghaus). Vgl. ebenfalls Rudolf Uertz, Anm. 130, S. 203 f.

<sup>172</sup> So die Formulierung der Düsseldorfer Leitsätze, abgedruckt in: Konrad Adenauer, Anm. 131, S. 866-880. Zitat S. 868.

<sup>173</sup> Stenographische Niederschrift, Anm. 171.

<sup>174</sup> Stenographische Niederschrift über die Sitzung des Zonenausschusses der CDU in der britischen Zone am 2. und 3.6.1949, ACDP, 1-009-004/1 (NL Dörpinghaus).

<sup>175</sup> Hilpert an Dörpinghaus vom 8.6.1949, ACDP, 1-021-007/1 (NL Hilpert).

<sup>176</sup> Dörpinghaus an Hilpert vom 9.6.1949, ACDP, 1-021-007/1 (NL Hilpert).

<sup>177</sup> Wie Anm. 175.

<sup>178</sup> Rundschreiben Dörpinghaus' an die Landesvorsitzenden der CDU/CSU vom 18.6. 1949, ACDP, 1-021-007/1 (NL Hilpert). Vgl. auch Rundschreiben Wolfermanns an die Landesvorsitzenden der CDU/CSU in der amerikanischen und französischen Zone vom 10.6.1949, ebenda.

<sup>179</sup> Dörpinghaus an Hilpert vom 14.6.1949, ACDP, 1-021-007/1 (NL Hilpert).

<sup>180</sup> Heinrich Lünendonk an Hilpert vom 27.6.1949, ACDP, 1-021-002/2 (NL Hilpert).

<sup>181</sup> Hilpert an Heinrich Lünendonk vom 2.7.1949, ACDP, 1-021-002/2 (NL Hilpert).

<sup>182</sup> Rundschreiben Dörpinghaus', Anm. 178.

schuß am 3. Juni 1949 verabschiedeten Form am 15. Juli 1949 in Düsseldorf der Öffentlichkeit vorgelegt worden<sup>183</sup>.

Die mit der Arbeit an einem neuen wirtschaftspolitischen Programm und seiner Verabschiedung offenkundig gewordene Kursänderung der wirtschaftspolitischen Programmatik der CDU rief bei ihrem linken Flügel, dessen Vorstellungen im Ahlener Programm ihren Kristallisationspunkt gefunden hatten, Widerstand hervor, und die Parteiführung sah sich mit dem Problem konfrontiert, wie die Loyalität dieses Flügels aufrechtzuerhalten war.

#### 8. Die Einbindung der Sozialausschüsse und Jakob Kaisers

Spätestens seit Anfang 1948 befand sich der linke Flügel der CDU, der sich in der im November 1947 gegründeten „Reichsarbeitsgemeinschaft der Sozialausschüsse“ auf überzonaler Ebene organisiert hatte, in der Defensive<sup>184</sup>. Der Vorsitzende der „Reichsarbeitsgemeinschaft“, Johannes Albers, der zugleich als Adenauers Stellvertreter im Vorsitz der CDU Rheinland fungierte, konstatierte 1948 einen „immer stärker werdenden Rechtskurs in der Union“, dem er mit einer „Aktivierung auch der organisatorischen Arbeit in den Sozialausschüssen“ begegnen wollte<sup>185</sup>. Dies ist ihm zweifellos nicht gelungen, denn in den Debatten über das wirtschaftspolitische Programm, die innerhalb der CDU in den Jahren 1948/49 geführt worden sind, gaben die Sozialausschüsse, die anfangs eine „strukturelle Neuordnung des sozialökonomischen Systems im Sinne des Ahlener Programms“ angestrebt hatten, Zug um Zug ihre Position preis, und am Ende akzeptierten auch sie - mit einer gewissen Reserve - die „Erhardsche Grundkonzeption der sozialen Marktwirtschaft“ und „damit auch die Frankfurter Wirtschaftspolitik“<sup>186</sup>.

Dies geschah durch die führenden Männer der Sozialausschüsse allerdings in unterschiedlicher Intensität. Während Anton Storch, der im September 1948 das Amt des Direktors der bizonalen Verwaltung für Arbeit übernahm, den Frankfurter wirtschaftspolitischen Kurs ohne Vorbehalte unterstützte<sup>187</sup>, äußerte Johannes Albers wiederholt Bedenken. Besonders deutlich kamen sie in der Zonenausschußsitzung der CDU in der britischen Zone am 25. Februar 1949 zur Sprache, als er feststellte, daß Erhards Wirtschaftsprogrammatik „das Ahlener Programm in seinen Grundzügen“ aufhebe. Unterstützung erhielt Albers bei dieser Gelegenheit durch Jakob Kaiser, der zwar Erhards Konzept grundsätzlich positiv bewertete, aber zugleich die Forderung nach einem die reine Wirtschaftspolitik übergreifenden „Gesamtprogramm“ erhob<sup>188</sup>.

<sup>183</sup> Dazu S. 37 ff.

<sup>184</sup> So mit überzeugenden Argumenten Gerold Ambrosius, Anm. 129, S. 205-209. Etwas andere Sichtweise von Erich Kosthorst, Jakob Kaiser. Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen 1949-1957, Stuttgart u.a. 1972, S.20.

<sup>185</sup> Erich Kosthorst, Anm. 184, S. 20.

<sup>186</sup> Gerold Ambrosius, Anm. 129, S. 205.

<sup>187</sup> Vgl. ebenda, S. 205.

<sup>188</sup> Konrad Adenauer, Anm. 131, S.857ff. Vgl. auch Gerold Ambrosius, Anm. 129, S.204; Dorothee Buchhaas, Anm. 131, S. 169; Rudolf Uertz, Anm. 130, S. 201.

Gegenüber den von Albers und Kaiser am 25. Februar erhobenen Einwänden hielt Adenauer an seiner Auffassung fest, daß das von ihm angestrebte Wirtschaftsprogramm der CDU allein unter dem Gesichtspunkt der Wahlagitation gesehen werden müsse. Er lehnte es ab, jetzt ein „umfangreiches Wirtschaftsprogramm“ zu machen, sondern ihm ging es lediglich darum, „diese Grundsätze, die die Grundlage der Frankfurter Arbeit sind, klarzulegen“. Mit der wiederholten Versicherung, daß es sich nicht darum handele, „für die ganze zukünftige Parteiarbeit eine Grundlage zu schaffen“, sondern daß es allein darum gehe, „daß wir die Wahl gewinnen“, und es daher notwendig sei, „nur wenige Dinge überzeugend und einfach dar[zu]stellen“, setzte sich Adenauer schließlich durch<sup>189</sup>. Dabei war es ihm sicherlich eine Hilfe, daß Albers stets bereit war, sich Adenauer unterzuordnen<sup>190</sup>, und daß auch Kaiser, der zu Adenauer in der Zeit unmittelbar nach Kriegsende in einem starken Rivalitätsverhältnis um die Führung der CDU gestanden hatte, spätestens seit 1949 Adenauers Führungsanspruch „trotz aller wiederkehrenden Diskrepanzen“ anerkannte<sup>191</sup>.

Am 15. Mai 1949 löste Jakob Kaiser Johannes Albers als Vorsitzenden der „Reichsarbeitsgemeinschaft der Sozialausschüsse“ ab. Obwohl damit ein Politiker an die Spitze der Sozialausschüsse trat, der nicht zuletzt dank seiner Vergangenheit als von den Sowjets entlassener 1. Vorsitzender der CDU Berlin und der Sowjetischen Besatzungszone über großes Ansehen verfügte und als eine der herausragenden Gestalten der CDU galt, blieb der Einfluß der Sozialausschüsse auf den wirtschaftspolitischen Kurs der Union weiterhin gering. Dies lag einmal an dem bereits erwähnten Unterordnungsverhältnis Kaisers gegenüber Adenauer. Hinzu kamen aber auch andere Faktoren.

Kaiser, der unmittelbar nach Kriegsende das Ende des Kapitalismus konstatiert und auf eine sozialistisch geprägte Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung gesetzt hatte, war hiervon in der Folgezeit abgerückt. Ähnlich wie Anton Storch setzte er schließlich primär auf ein „effizientes Wirtschaftssystem“, das nur ergänzend mit „Sicherungen für soziale Gerechtigkeit zu versehen war“<sup>192</sup>. Daraus folgte seine grundsätzliche Befürwortung der Frankfurter Wirtschaftspolitik unter Ludwig Erhard, mit deren Details sich Kaiser allerdings nicht auseinandersetzte. Er war kein Wirtschaftsfachmann, und die Fähigkeit für „ökonomische Analysen“ ging ihm ab<sup>193</sup>. Kaiser interessierten eher größere, allgemeinerpolitische Zusammenhänge mit einer deutlichen Schwerpunktbildung, was die Fragen Berlins und die Deutschlandpolitik anging. Ihnen hat er sich auch als Vorsitzender der Sozialausschüsse in erster Linie gewidmet und damit auf einem Felde agiert, das innerhalb der CDU bei weitem weniger konfliktträchtig als die Wirtschaftspolitik war.

Adenauer hat das Interesse Kaisers in dieser Angelegenheit mit Bedacht verstärkt

<sup>189</sup> Konrad Adenauer, Anm. 131, S.806f. und S. 859.

<sup>190</sup> Norbert Blüm/Arthur Rohbeck, Johannes Albers, in: Christliche Demokraten der ersten Stunde, Bonn 1966, S. 9.

<sup>191</sup> Erich Kosthorst, Anm. 184, S. 66.

<sup>192</sup> Ebenda, S. 26.

<sup>193</sup> Ebenda, S. 34.



*Die CDU/CSU im Bundestagswahlkampf 1949* 33

und ihm bereits frühzeitig im Falle eines Wahlsieges die Bildung eines Ministeriums, das sich mit den Ostfragen befassen sollte, in Aussicht gestellt und dabei auch durchblicken lassen, daß er Kaiser als Minister dieses Hauses zu berufen gedachte<sup>194</sup>. Hiermit erreichte Adenauer, daß Kaiser näher an ihn heranrückte, eine Entwicklung, die auch noch dadurch gefördert wurde, daß es zwischen Kaiser und der SPD-Führung zu heftigen Auseinandersetzungen kam.

Diese rührten vor allem daher, daß der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher in der Öffentlichkeit wiederholt scharfe Angriffe gegen Kaiser richtete, dem er vorwarf, als „Handlanger Berijas“ der SED in die Hände gespielt und die Zone erst dann verlassen zu haben, als ihn die Sowjets nicht mehr brauchten<sup>195</sup>. Kaiser, durch solche Angriffe zutiefst verletzt, zahlte mit gleicher Münze zurück. In seiner Rede, die er am 15. Mai 1949 nach der Wahl zum Vorsitzenden der „Reichsarbeitsgemeinschaft“ hielt, griff er die SPD nun seinerseits mit dem Vorwurf an, „daß ein erfolgreicher Widerstand aller deutschen Kräfte in der Ostzone möglich gewesen wäre, wenn die Sozialdemokratie aufrecht widerstanden hätte“. Dem „Gros der sozialdemokratischen Führer in Berlin und in der Ostzone“ warf er Schwäche gegenüber dem Kommunismus vor und griff sodann die Parteiführung der SPD in Hannover mit den Worten an: „Die Grundtendenz, die von Hannover vorgeschrieben wird, ist totalitär, intolerant und marxistisch“. Kaiser, der sich bei dieser Gelegenheit als einen Mann bezeichnete, der „den Auffassungen gemäßigter Sozialdemokraten gar nicht so fern“ stände, hielt es gleichwohl für ein „Verhängnis, wenn es der SPD gelänge, die anderen Parteien an die Wand zu drücken“. Daher müsse der Wahlkampf gegen den Kommunismus und die „totalitären Tendenzen“ der SPD geführt werden<sup>196</sup>. Dabei war Kaiser offenbar nicht bewußt, daß er hiermit dazu beitrug, die von ihm angestrebte große Koalition aus CDU und SPD zu untergraben.

Der Schulter schluß mit Adenauer in der Wahlkampfagitation war jedenfalls vollzogen, und Willy Brandt meldete dies Kurt Schumacher am 21. Juni 1949 mit den Worten: „Ein englischer Vertreter berichtete mir vertraulich über eine Unterhaltung mit Kaiser, bei der dieser völlig als Gefolgsmann Adenauers aufgetreten sei. Er und andere CDU-Leute hätten sich in eine Haltung begeben, aus der heraus sie nicht einmal mehr einen Unterschied zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten machen könnten“<sup>197</sup>.

### 9. „Frontlinien“ und Wahlkampfthemen

„Die SPD ist [der ] Gegner“; auf sie „sind alle Angriffe [...] zu konzentrieren“, heißt es in lapidarer Kürze in einer Aktennotiz über eine Redaktionsbesprechung im Gene-

<sup>194</sup> Ebenda, S. 81.

<sup>195</sup> Ebenda, S. 30.

<sup>196</sup> Zitate nach dem Manuskript für die Rede, BA, NL Kaiser 213.

<sup>197</sup> AdsD, Bestand Schumacher J 79II.

ralsekretariat der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU am 17. Februar 1949, in der erstmals die Grundlinien der Wahlkampfführung der CDU/CSU erörtert wurden<sup>198</sup>. An dieser Maxime hat sich im Grundsätzlichen nichts mehr geändert, und der Wahlkampf wurde, wie Konrad Adenauer in seinen Erinnerungen feststellt, „im wesentlichen eine Auseinandersetzung zwischen CDU/CSU und der SPD“<sup>199</sup>. Damit war die „Frontstellung“ erreicht, die Adenauer von Beginn an angestrebt und innerhalb seiner Partei auch durchgesetzt hatte.

Zum Hauptthema des Wahlkampfes entwickelte sich die Wirtschaftspolitik, wohl nicht zuletzt deshalb, weil die zentrale Wahlkampfführung der CDU/CSU in Frankfurt hier einen eindeutigen Schwerpunkt setzte. Die von hier aus an die Landesverbände der CDU/CSU versandten Plakate befaßten sich „fast ausschließlich“ mit diesem Thema<sup>200</sup>, und auch in der Wahlkampfzeitung „Union im Wahlkampf“ dominierten die Beiträge zu dieser Frage. Nicht zuletzt trugen schließlich die zahlreichen Auftritte Ludwig Erhards, die eine starke Resonanz in den Massenmedien fanden, dazu bei, daß die Wirtschaftspolitik im Vordergrund des öffentlichen Interesses stand. Plakate mit der Aufschrift „Es geht um Deutschland: Christliche Freiheit oder marxistischer Zwang“ und Reden Erhards zu dem Thema: „Zwangswirtschaft oder soziale Marktwirtschaft“ formulierten in scharfer Antithese die zur Debatte stehenden Gegensätze. In diesem Bereich bestand zwischen CDU und CSU kein Dissens, wie einige Kernsätze aus dem Informations- und Rednerdienst der CSU-Landesleitung belegen: „Eine Abrechnung mit den sozialdemokratischen Kommandowirtschaftlern unserer Tage. In Wirklichkeit sind die Sozialdemokraten die Nachtwächter der Zwangswirtschaft. Tatsache ist, daß den Aufschwung die Marktwirtschaft gebracht hat“<sup>201</sup>. Der Hinweis auf den „Erfolg der Frankfurter Politik“ fehlte auch bei der CDU nicht, und das in den Düsseldorfer Leitsätzen aufgestellte wirtschaftspolitische Programm wurde offensiv vertreten. Der SPD gelang es kaum, mit Parolen wie „Gesunder Wettbewerb durch Sozialisierung“ und „Sozialisierung: Platz den Leistungsfähigen und weg mit Schlemmern und Schiebern“ dem von der Union mit negativen Vorzeichen versehenen Begriff „Sozialisierung“ über ihre Anhängerschaft hinaus eine positive Resonanz zu verschaffen und mehrheitlich Zustimmung für ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen zu finden.

In die Defensive geriet die SPD ebenfalls in der Auseinandersetzung über kirchenpolitische Fragen. Hier kam es zu einer scharfen Kontroverse, als Schumacher die katholische Kirche etwas unbedacht als „fünfte Besatzungsmacht“ bezeichnet und an die Adresse der CDU/CSU den Vorwurf des „klerikalen Partikularismus im Interesse

<sup>198</sup> Aktennotiz Gottauts, Anm. 46.

<sup>199</sup> Konrad Adenauer, *Erinnerungen 1945-1953*, Stuttgart<sup>3</sup> 1976, S.214. Eine Überblicksdarstellung über den Verlauf des Wahlkampfes gibt Wolfgang Benz, Anm. 152, S. 251-270.

<sup>200</sup> Bericht Schreibers, Anm. 26, S. 3.

<sup>201</sup> Informations- und Rednerdienst Nr. 4 der CSU-Landesleitung vom 1.8.1949. Dieses Material wie die Wahlplakate in: ACDP, X-001.

Frankreichs" gerichtet hatte<sup>202</sup>. Diese Äußerungen wurden Schumacher und der SPD während des gesamten Wahlkampfes von CDU-Seite vorgehalten. Die Union nutzte die sich bietende Chance konsequent, indem sie „als Hüterin des Christentums und christlicher Institutionen" und als „Bollwerk gegen die heidnischen Brüder Sozialismus und Kommunismus" auftrat<sup>203</sup>.

Für die Union war das Hervortreten dieses Themas im Hinblick auf ihre Beziehungen zur FDP allerdings nicht unproblematisch, da hier beträchtliche Gegensätze bestanden, auf die besonders die CSU in mehreren Wahlplakaten hinwies<sup>204</sup>. Die Christlich-Sozialen glaubten, in Bayern eine Kulturkampffront SPD-FDP ausfindig machen zu können, und bezichtigten die FDP der „Religionsfeindlichkeit". Die zentrale Wahlkampfleitung der CDU/CSU nahm hierzu in „Union im Wahlkampf" mit den Worten Stellung, es sei nicht anzunehmen, daß die FDP im übrigen Deutschland die religionsfeindliche Haltung und Einstellung der bayerischen FDP gutheißen werde<sup>205</sup>. Das Bestreben, Konfliktmöglichkeiten zwischen CDU/CSU und FDP zu begrenzen, ist offensichtlich. Insgesamt war es erfolgreich, denn nur in Württemberg-Baden kam es zu einer ähnlich klaren Frontstellung zwischen CDU und DVP<sup>206</sup> wie in Bayern, und auch in Hessen sowie im Rheinland und in Westfalen blieben heftige gegenseitige Attacken nicht aus<sup>207</sup>. Hierbei handelte es sich jedoch ebenso um

<sup>202</sup> Vgl. Wolfgang Benz, Anm. 152, S. 262. Dazu auch die kritische Wertung von Kurt Klotzbach, *Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965*, Berlin-Bonn 1982, S. 176.

<sup>203</sup> Wolfgang Benz, Anm. 152, S. 263.

<sup>204</sup> So hieß es auf einem Plakat der CSU zum Thema Kulturfragen: „Denkt an den Schulkampf, den die KPD, SPD und FDP (FDP im Fettdruck) in schöner Eintracht gegen die christlichen Schulen vom Zaune gebrochen haben." Ebenso griff die CSU die FDP wegen ihrer antiföderalistischen Einstellung an. Dazu ein CSU-Wahlplakat: „Wer der Freien Demokratischen Partei folgt, der hat nicht erkannt, daß der von der FDP vertretene Zentralismus zu Marxismus und Diktatur führt." Plakate in: ACDP, VII-002-001/2.

<sup>205</sup> „Union im Wahlkampf", Nr. 13, 6.7.1949.

<sup>206</sup> Die DVP griff die CDU wegen ihrer Haltung in der Kulturpolitik an, und die CDU kämpfte gegen die DVP um die Stimmen der Bauern. So wandte sich die CDU in mehreren Plakaten direkt an die Bauern. Ein Plakat stellte die Frage: „Seit wann verfißt die DVP denn Deine Sachen?" und ein anderes formulierte: „Bauer: Es geht bei der Wahl um den Schutz der Landwirtschaft, darum gib einem außenpolitisch Erfahrenen wie Gerstenmaier Deine Stimme und nicht den Freihändlern in der DVP, bei denen der Bauer Schuster sich nicht durchsetzen kann." ACDP, X-001, Wahlplakatsammlung.

<sup>207</sup> So berichtete der hessische CDU-Politiker Heinrich von Brentano in einer Sitzung der Führungsgremien der CDU/CSU am 31.8.1949 über den Bundestagswahlkampf in Hessen: „Was wir dort erlebt haben, war so unqualifizierbar, daß es an die schlechtesten und schlimmsten Zeiten der Jahre 1931/32 erinnert. Es erschienen Rollkommandos, die von der FDP auf Lastkraftwagen herangeholt wurden. Es war so infam und so verlogen, daß es alles Bisherige in den Schatten stellt." Auftakt, Anm. 151, S. 108 f., und Friedrich Holzapfel sagte in der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 1.9. 1949 über seine Erfahrungen im Bundestagswahlkampf im Rheinland und Westfalen: „Ich kann Ihnen persönlich berichten, daß keine politische Partei in einer derartigen, ich hätte beinahe gesagt, hundsgemeinen Form den Wahlkampf geführt hat wie die FDP." Ebenda, S. 151. Die CDU ihrerseits konterte mit Wahlplakaten wie diesem: „Wer Splitterparteien wählt wie FDP und DP, wählt dadurch die SPD. So siegt die antimarxistische Front geeint in der CDU, deshalb gebt

Randphänomene wie bei den Auseinandersetzungen zwischen der CDU und dem Zentrum im Rheinland<sup>208</sup> und zwischen dem Wahlbündnis CDU/FDP und der Deutschen Partei in Hamburg<sup>209</sup>.

Dominierend blieb der Gegensatz zwischen Union und SPD, der sich in den letzten drei Wochen des Wahlkampfes noch verschärfte, als Adenauer in seiner Wahlrede am 21. Juli 1949 in Heidelberg an die Adresse der SPD nicht nur den Vorwurf richtete, „daß sie den einheitlichen Widerstand der deutschen Parteien in der russischen Besatzungszone gegen den Kommunismus und gegen die Russen zerbrochen“ habe - ein Vorwurf, den Kaiser bereits am 15. Mai 1949 erhoben hatte<sup>210</sup> -, sondern der darüber hinaus die SPD-Führung wegen ihrer Haltung in der Kontroverse mit den Alliierten über die Verabschiedung des Grundgesetzes scharf angriff. Ansatzpunkt war für Adenauer die Behauptung im Wahlauftritt der SPD vom 16. Juli 1949, sie habe durch ihre feste Haltung gegenüber den Alliierten „den entscheidenden Beitrag zur deutschen Selbstbestimmung geleistet“, und ihr käme daher das Verdienst zu, die Staatsgründung „lebensfähig“ gemacht zu haben<sup>211</sup>. Adenauer unterstellte nun, daß die SPD-Politiker Carlo Schmid und Walter Menzel bereits am 14. April 1949 von britischer Seite über die nachgiebige Haltung der Alliierten unterrichtet worden seien. Aufgrund dieser Information habe die SPD auf ihrer Vorstandssitzung am 20. April 1949 ohne Besorgnis vor negativen Folgen eine ablehnende Haltung zu den Änderungswünschen der Alliierten einnehmen können. Adenauer kommentierte diesen Vorgang mit den Worten, es habe sich hierbei „um ein absolut abgekartetes Spiel [...] zwischen der britischen Regierung und den deutschen Sozialdemokraten [gehandelt], um auf diese Weise den deutschen Sozialdemokraten den Nimbus zu geben, daß sie die nationale Partei par excellence seien“. Adenauer beschloß seine Ausführungen über dieses Thema mit dem Satz: „Also, das sind die Alliierten und ihre Helfershelfer“, und er rief hiermit bei seinen Zuhörern „sehr starken, langanhaltenden Beifall“ hervor<sup>212</sup>.

Kurt Schumacher ließ sich im Anschluß an die Heidelberger Rede auf einen Telegrammwechsel mit Adenauer ein<sup>213</sup>, in dem Adenauer wiederum „die glücklichere Hand“ besaß<sup>214</sup>. Auf die im zornigen und wütenden Ton gehaltenen Telegramme aus Hannover, die Schumacher noch dadurch verschärfte, daß er Adenauer in aller Öff-

Eure Stimme nur der Partei, die alle antimarxistischen Stimmen sammeln kann, der CDU.“ AGDP, X-001, Wahlplakatesammlung.

<sup>208</sup> Die CDU im Rheinland hatte besondere Broschüren und Flugblätter herstellen lassen, die sie an die sechseinhalbtausend Funktionäre und Mitglieder des Zentrums versandte. Vgl. Bericht Schreibers, Anm. 26, S. 10.

<sup>209</sup> Belege in: ACDP, X-001, Wahlplakatesammlung.

<sup>210</sup> S.o. S. 33.

<sup>211</sup> Vgl. Kurt Klotzbach, Anm. 202, S. 176.

<sup>212</sup> Rede abgedruckt in: Adenauer, Reden, Anm. 1, S. 137-149, die hier wiedergegebenen Zitate S. 144 f. Vgl. auch Wolfgang Benz, Anm. 152, S. 260.

<sup>213</sup> Telegramme auszugsweise abgedruckt in: Konrad Adenauer, Anm. 199, S. 219f. Zusammenfassende Darstellung von Wolfgang Benz, Anm. 152, S. 261 f.

<sup>214</sup> Wolfgang Benz, Anm. 152, S. 260.

fentlichkeit „Lügenauer“ nannte<sup>215</sup>, reagierte Adenauer kühl, diplomatisch und überlegen. Auch in diesem Telegrammwechsel zeigte sich das verschiedene Rollenverhalten der beiden Hauptkontrahenten: Auf der einen Seite Schumacher, der „mit säkularer Grobheit Argumente und Beleidigungen“, von denen in erster Linie die CDU betroffen war<sup>216</sup>, in seine Versammlungen hineinschrie und sich als „Volkstribun“ gebärdete, auf der anderen Seite Adenauer, „moderater im Ton, sehr bürgerlich und sehr staatsmännisch“ und der eher wie ein „Familienoberhaupt“ wirkte<sup>217</sup>. Seine Abgrenzung von der SPD ließ aber gleichwohl nichts zu wünschen übrig, und er wußte die Sozialdemokraten in einer Form anzugreifen, die zu verletzen und zu provozieren vermochte. Der Erfolg sprach für Adenauer, der auch in seinem Telegrammkrieg mit Hannover klarer „Punktsieger“ blieb, da es der SPD nicht gelang, den von Adenauer in Heidelberg erhobenen Vorwurf, der in dieser Form nicht den Tatsachen entsprach<sup>218</sup>, gänzlich auszuräumen<sup>219</sup>, und Schumachers überzogene Polemik darüber hinaus in weiten Kreisen der Bevölkerung negativ bewertet wurde.

### 10. Zentrale Wahlkundgebungen

#### a. Die Pressekonferenz der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU am 15. Juli 1949

Konrad Adenauer verschickte Anfang Juli 1949 im Namen der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU eine Einladung zu einem Presseempfang im Sitzungssaal des Landtages von Nordrhein-Westfalen, der für den 15. Juli angesetzt war. In der Einladung kündigte Adenauer „programmatische Erklärungen der CDU/CSU zur Wirtschafts-, Sozial- und Agrarpolitik sowie zu Wohnungsbau- und Ostfragen“ an. Als Redner waren vorgesehen Konrad Adenauer, Johannes Albers, Ludwig Erhard, Franz Etzel, Friedrich Holzapfel, Jakob Kaiser, Erich Köhler, Karl Müller und Anton Storch<sup>220</sup>.

<sup>215</sup> In einer Wahlrede am 24.7.1949 hatte Schumacher in Köln gesagt: „Die Heidelberger Rede berechtigt dazu, den Namen Adenauer in Lügenauer umzuändern.“ ACDP, 1-021-027 (NL Hilpert).

<sup>216</sup> Adenauer hat diese Äußerungen systematisch sammeln lassen und sie als „Entscheidungshilfe“ seinen Parteifreunden vorgelegt, als über die „richtige“ Koalitionsbildung beraten wurde. Vgl. Auftakt, Anm. 151, S. 36. Einige Wertungen Schumachers seien hier aufgeführt. Am 5.6. 1949: Die CDU/CSU leidet „an der Programmlosigkeit und der Profitgier der Kriegsgewinnler“. Am 23.7. 1949 in Koblenz: Die „machtpolitische Linie“ der CDU sei „im moralischen Sinne eindeutig unchristlich“. Die CDU habe ein „Übermaß an Verständnis für die alliierten Interventionen, aber nur wenig Verständnis für die Notwendigkeit des deutschen Volkes“ gezeigt. Die CDU habe gegenüber den Alliierten eine „sklavische Haltung“ bewiesen. Am 24.7.1949 in Köln: „Die CDU stand beim Kampf der SPD in der Ostzone Schmiere. Der Hehler ist so schlecht wie der Stehler.“ Am 3.8.1949 in Köln: Die CDU sei der „Trinkgeldnehmer der Großindustrie“. Sie müsse als die „heidnischste aller Parteien und [als] eine Partei des Mammons“ gelten; sie kämpfe „mit den Mitteln der Perfidie und der moralischen Deklassierung“. ACDP, 1-021-027 (NL Hilpert).

<sup>217</sup> Wolfgang Benz, Anm. 152, S. 259.

<sup>218</sup> Ebenda, S. 220.

<sup>219</sup> Ebenda, S. 260.

<sup>220</sup> ACDP, VII-003-001/2.

Fast einen Monat später, als von der Arbeitsgemeinschaft zunächst vorgesehen, unterbreitete die Union der Öffentlichkeit ihr Wahlprogramm<sup>221</sup>. Allerdings ließen die Ausführungen Adenauers zu Beginn der Pressekonferenz erkennen, daß ein eindeutiges Bekenntnis der Gesamtpartei zu den Düsseldorfer Leitsätzen auch zu diesem Zeitpunkt noch ausstand. Adenauer wies darauf hin, daß die Zustimmung der CSU bisher nicht eingetroffen war<sup>222</sup>, und zum Modus der Verabschiedung der Leitsätze durch die CDU beließ er es bei der höchst unpräzisen Aussage, daß die Leitsätze „in verschiedenen Sonderausschüssen der Partei durchberaten und als einheitliches Ganzes von allen einstimmig angenommen“ worden seien<sup>223</sup>. Da er gleichzeitig die besondere Verantwortung der CDU in der britischen Zone für die Düsseldorfer Leitsätze betonte<sup>224</sup> und bei ihrer Vorstellung am 15. Juli Repräsentanten der CDU aus der amerikanischen und französischen Zone gänzlich fehlten<sup>225</sup>, liegt die Vermutung nahe, daß es der Arbeitsgemeinschaft nicht gelungen war, zwischen den Landesverbänden der CDU einen programmatischen Konsens herzustellen. Die Probleme lagen dabei offensichtlich aber nicht im Bereich der Wirtschaftspolitik; denn wie der Wahlkampfverlauf zeigte, erhielt Erhard als persönliche Verkörperung der Frankfurter Wirtschaftspolitik und der wirtschaftspolitischen Programmatik der Düsseldorfer Leitsätze ungeteilte Unterstützung aus allen Landesverbänden.

Erhard war auch der Hauptredner auf der Pressekonferenz am 15. Juli 1949. Er nahm sogleich nach den einleitenden Erklärungen Adenauers das Wort. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen stand die Auseinandersetzung mit dem Wirtschaftskonzept der SPD, die er als „Nachtwächter der Zwangswirtschaft“ und als „verblendete Anhänger der sozialistischen Irrlehre“ bezeichnete. Erhard verteidigte mit unverkennbarer Leidenschaftlichkeit den in Frankfurt von ihm eingeschlagenen marktwirtschaftlichen Kurs, dem er das Verdienst zuerkannte, „aus einer fehlerhaft konstruierten eine aus inneren Kräften stabile Währung“ gemacht zu haben. Das Bekenntnis zum Wettbewerb „als Motor der Marktwirtschaft“ war für Erhard eine Selbstverständlichkeit, denn allein der Wettbewerb habe den Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft bewirkt und die „moralischen Verfallserscheinungen“ der Planwirtschaft beseitigt. Erhard beurteilte die weitere Wirtschaftsentwicklung positiv, sofern an seinem Konzept festgehalten werde, und er stellte im Zusammenhang damit einen raschen Abbau der Arbeitslosigkeit in Aussicht<sup>226</sup>.

Unterstützung fand der Frankfurter Wirtschaftsdirektor bei seinem Kollegen Anton Storch, der die Aufhebung der „Zwangswirtschaft“ nachdrücklich begrüßte und

<sup>221</sup> Zu seiner Ausarbeitung und den Schwierigkeiten bei seiner Verabschiedung s. o. S. 27 ff. [Düsseldorfer Leitsätze].

<sup>222</sup> Nach Meldung der „Welt“ vom 16.7.1949.

<sup>223</sup> Nach Meldung der „Allgemeinen Kölnischen Rundschau“ vom 18.7.1949.

<sup>224</sup> Nach Meldung der „Welt“ vom 16.7.1949.

<sup>225</sup> Die Anwesenheit des auf der Einladung aufgeführten stellvertretenden hessischen CDU-Vorsitzenden Erich Köhler ist in keinem der zahlreichen Presseberichte erwähnt.

<sup>226</sup> Rede abgedruckt in: „Union im Wahlkampf“, Nr. 17 vom 20.7.1949. Ausführlichere Zusammenfassung in der „FAZ“ vom 16./17.7.1949.



sie als eine Befreiung der „arbeitenden Menschen von der kollektivistischen Bindung“ bewertete. Storch wandte sich gegen „klassenkämpferische Theorien“ und forderte statt dessen die „Mitbestimmung“ für die Arbeitnehmer, die in Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern eine Wirklichkeit zu gestalten hätten, in der „sich alle Beteiligten als sozial und gerecht behandelt“ fühlten. Dazu gehörte nach Storch auch die Einführung einer Sozialversicherung, „die nicht auf dem Grundsatz der sozialen Fürsorge des Staates, sondern auf einem klaren Rechtsanspruch der arbeitenden Menschen an die Wirtschaft“ aufgebaut sei. Storch beschloß seine Stellungnahme mit der Erläuterung der Leitsätze zum Wohnungsbau, dem er eine besondere Rolle für den Abbau der Arbeitslosigkeit zuschrieb<sup>227</sup>.

Die wirtschaftspolitischen Leitsätze stellte Franz Etzel vor, die zur Agrarpolitik Karl Müller. Ihre Berichte waren ebenso positiv gefärbt wie der Friedrich Holzapfels, der einen „kurzen, prägnanten Rückblick auf die Arbeit des Frankfurter Wirtschaftsrates“ gab und die „konsequente Fortführung des in Frankfurt begonnenen Weges“ forderte, dessen „Ziel in den Düsseldorfer Leitsätzen klar und überzeugend aufs neue festgelegt“ worden sei<sup>228</sup>.

Wasser in den Wein schüttete nur Johannes Albers, der bei der Vorstellung der sozialpolitischen Leitsätze zwar die großen Erfolge der Frankfurter Wirtschaftspolitik anerkannte, aber auch darauf hinwies, „daß die erstrebenswerte Vollbeschäftigung noch nicht erzielt und daß auch der Lebensstandard weiter Kreise noch nicht befriedigend sei“. Er verlangte für die Zukunft eine stärkere Einbeziehung der Arbeitnehmer in den „leitenden Organen“ der Unternehmen und eine Lohnquote, die die „Arbeits- und Lebensbedingungen“ der Arbeiter „auf ein menschenwürdiges Niveau“ hebe<sup>229</sup>.

Der eigentlich berufene Sprecher der Arbeitnehmer in der CDU, der Vorsitzende der Sozialausschüsse, Jakob Kaiser, nahm am 15. Juli 1949 zu den Düsseldorfer Leitsätzen nicht Stellung. Er äußerte sich lediglich zur Deutschland- und Berlin-Frage und attackierte in diesem Zusammenhang die SPD, der Kaiser vorwarf, die „Fragen des deutschen Ostens zu propagandistischen Zwecken“ mißbraucht zu haben<sup>230</sup>.

Verlauf und Wirkung der Pressekonferenz am 15. Juli 1949 entsprachen den Erwartungen Adenauers und seiner Gefolgsleute. Der CDU war es aufs Ganze gesehen gelungen, der Öffentlichkeit den Eindruck der Geschlossenheit bei der Behandlung der Programmfrage zu vermitteln. Dieser Eindruck wurde noch dadurch verstärkt, daß die Berichterstattung in der Presse vor allem auf die Ausführungen Erhards und Storchs abhob, für deren Verbreitung innerhalb der CDU auch die zentrale Wahlkampfleitung in Frankfurt sorgte, indem sie sie im vollen Wortlaut in „Union im Wahlkampf“ veröffentlichte<sup>231</sup>. Die Konzentration der Wahlkampf auseinandersetzung auf die Wirtschaftspolitik und der hier bestehende, unüberbrückbar erschei-

<sup>227</sup> Rede abgedruckt in: „Union im Wahlkampf“, Nr. 17 vom 20.7.1949.

<sup>228</sup> Wie Anm. 223.

<sup>229</sup> Ebenda.

<sup>230</sup> Ebenda.

<sup>231</sup> Nr. 17 vom 20.7.1949.

nende Gegensatz zwischen CDU und SPD wurden damit als eigentliches Ergebnis der Pressekonferenz vom 15. Juli 1949 längerfristig festgehalten.

*b. Die Wahlkundgebung der CSU in München am 16. Juli 1949*

Einen Tag nach der Düsseldorfer Pressekonferenz eröffnete die CSU mit einer Kundgebung im Festsaal des Deutschen Museums in München ihren Wahlkampf. Redner waren der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Hans Ehard sowie Ludwig Erhard<sup>232</sup>, dessen Bedeutung auch für die CSU damit nachdrücklich unterstrichen wurde, und der gleichsam als Symbol dafür gelten konnte, daß die Vorstellungen von CDU und CSU in der Wirtschaftspolitik übereinstimmten. Allerdings besaß für die CSU und ihren Vorsitzenden die Wirtschaftspolitik nicht den alles andere überragenden Stellenwert in der Wahlkampfauseinandersetzung, wie das bei Adenauer und der zentralen Wahlkampfführung in Frankfurt der Fall war. Ehard sah auch den Bundestagswahlkampf zunächst einmal unter der bayerischen Perspektive, und er stellte seinen Wahlkampf in erster Linie auf die Fragen ab, die sich aus der spezifisch bayerischen Situation ergaben.

Wie bereits zu den Zeiten des Parlamentarischen Rates, als Ehard unbeirrbar die Verankerung einer ausgeprägten föderalistischen Struktur im Grundgesetz in dem Bestreben betrieb, eine angemessene Mitwirkung Bayerns an der Bundesrepublik sicherzustellen<sup>233</sup>, ging es Ehard auch in der Bundestagswahl zuerst um die Beantwortung der Frage, „wie die Interessen Bayerns erfolgreich im kommenden Bundestag, in der kommenden Bundesregierung, im kommenden Bundesrat vertreten werden sollen“. Der bayerische Ministerpräsident hegte allerdings zu Beginn des Wahlkampfes einige Befürchtungen, ob dies in dem von ihm für notwendig gehaltenen Ausmaß gelingen würde. Wie einer Rundfunkansprache zu entnehmen ist, die er am 2. Juli 1949 gehalten hat, stellte Ehard zu Beginn des Wahlkampfes die „heillose Aufspaltung der bayerischen Kräfte“ fest, „die auf weitere Sicht nur den Widersachern einer föderalistischen Politik in Deutschland zugute kommen kann und unvermeidlich zu einer Schwächung des bayerischen Einflusses in der deutschen Politik führen muß“<sup>234</sup>. Dies richtete sich gegen die bayerischen Regionalparteien Bayernpartei und Wirtschaftliche Aufbauvereinigung, die mit der CSU um das gleiche Wählerpotential rangen und die CSU nachhaltig zu schwächen drohten. Es versteht sich von selbst, daß dies nicht ohne Auswirkungen auf Ehards Wahlreden blieb, in denen die Auseinandersetzung mit der Wirtschaftlichen Aufbauvereinigung, vor allem aber mit der Bayernpartei obligatorisch war<sup>235</sup>.

<sup>232</sup> Berichte über die Wahlkundgebung am 16.7.1949 in dem „Münchener Merkur“ vom 18.7.1949 und in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 19.7.1949.

<sup>233</sup> Vgl. dazu Rudolf Morsey, Anm. 73, S. 366 ff.

<sup>234</sup> Rede abgedruckt in: Bayerische Politik. Ansprachen und Reden des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Hans Ehard, ausgewählt und eingeleitet von Karl Schwend, München 1952, S. 48-52. Beide Zitate im obigen Abschnitt auf S. 50.

<sup>235</sup> In seiner letzten Wahlrede hatte sich Ehard mit dem Argument gegen die Stimmabgabe für die kleinen Parteien gewandt, daß sie „doch nur in Nebenrollen das demokratische Spiel der Kräfte verwir-

Es ist nicht zuletzt hierauf zurückzuführen, daß Ehard in der Wahlauseinandersetzung nicht so sehr als CSU-Vorsitzender, sondern als bayerischer Ministerpräsident auftrat, der im Interesse Bayerns das staatspolitisch Notwendige anstrebte. In diesen Rahmen paßte die Ablehnung der „allzu scharfen gegenseitigen Parteipolemik“ durch Ehard in seiner Wahlkampfereöffnungsrede am 16. Juli 1949 und die daselbst von ihm beschworene „Schicksalsgemeinschaft“ der demokratischen Parteien<sup>236</sup>. Zum Bild des Staatsmannes Ehard gehörte schließlich auch noch, daß er der Außenpolitik in seinen Wahlreden einen bedeutsamen Platz einräumte und dabei vor allem auf den „Durchbruch zu einem im christlichen Geiste wieder entstehenden Europa“ abhob, den er zu den wichtigsten außenpolitischen Zielen der CSU rechnete<sup>237</sup>.

Die Auseinandersetzung Ehards mit der SPD und Schumacher erreichte auch aus diesen Gründen niemals die Schärfe, die zwischen Adenauer und Schumacher gang und gäbe war, obwohl auch Ehard gegenüber den Sozialdemokraten eine deutliche Sprache führte. Dabei bezog sich Ehards Kritik an der SPD in erster Linie auf ihre Haltung zur föderalistischen Ordnung des Grundgesetzes. In seiner Wahlkampfereöffnungsrede am 16. Juli 1949 ging Ehard auf einen Auftritt Schumachers am 6. Juni 1949 in Rosenheim ein, in dem der SPD-Vorsitzende auch seine bereits bekannten Angriffe gegen den bayerischen Föderalismus vorgetragen hatte. Ehard bezeichnete Schumacher daher als einen „Zentralist[en] reinsten Wassers mit diktatorischen Allüren, der das Grundgesetz rücksichtslos für den Zentralismus ausnutzen werde“, wenn er die Chance dazu erhalte<sup>238</sup>.

Wenn damit zu Beginn des CSU-Wahlkampfes durch Ehard die Abgrenzung zur SPD schon recht klar gezogen war, so blieb es doch Ludwig Erhard vorbehalten, die Trennung von der SPD noch schärfer kenntlich zu machen. Unter Aufnahme der Argumente, die er bereits einen Tag zuvor in Düsseldorf vorgetragen hatte, griff er nun im Anschluß an Ehards Eröffnungsrede - auch für die CSU - die SPD erneut heftig an, indem er sie wiederum „Nachtwächter der Zwangswirtschaft“ nannte und sie der „historischen Lüge“ bezichtigte<sup>239</sup>. Sicherlich nicht in der Form, wohl aber in der Sache stimmte Ehard mit den Ausführungen des Frankfurter Wirtschaftsleiters überein, wie seine abschließende Stellungnahme im Wahlkampf erhellt. Die CSU wolle, ließ er hierin vernehmen, „den eingeschlagenen Weg der Wirtschaftspolitik weiter verfolgen und unter keinen Umständen durch sozialisierende und sonstige sozialistische Wirtschaftsexperimente stören lassen“<sup>240</sup>.

ren und das demokratische Regieren erschweren“. Und zur Bayernpartei hieß es, ihr bleibe, „um den Unterschied zur CSU deutlich zu machen, nichts anderes übrig, als ein bayerischer Extremismus, der die bayerische Politik schwer schädige“. Meldung der „Süddeutschen Zeitung“ vom 13.8.1949.

<sup>236</sup> Bericht des „Münchener Merkur“ vom 18.7.1949.

<sup>237</sup> Dies sehr ausgeprägt in seiner Heidelberger Wahlrede vom 21.7. 1949, abgedruckt in: Bayerische Politik, Anm. 234, S. 55-61. Zitat nach Meldung des „Münchener Merkur“ vom 12.8. 1949.

<sup>238</sup> Wie Anm. 236.

<sup>239</sup> Ebenda.

<sup>240</sup> Meldung des „Münchener Merkur“ vom 12.8.1949.

*c. Die Großkundgebung der CDU/CSU in Heidelberg am 21. Juli 1949*

Am 6. Juli 1949 verließ eine Einladung zu einer Großkundgebung das Frankfurter Generalsekretariat der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU. Als Termin war der 21. Juli genannt, als Ort das Heidelberger Schloß. Die Einladung kündigte als Redner Konrad Adenauer, Hans Ehard und den Oberbürgermeister von Essen und Präses der Generalsynode der EKD, Gustav Heinemann, an. Die geplante Großkundgebung zum „Auftakt des Wahlkampfes“ sollte ein „machtvolles Bekenntnis zu den gemeinsamen Grundsätzen des christlichen, demokratischen und sozialen Programms der CDU/CSU ablegen.“ Das Generalsekretariat setzte daher als selbstverständlich voraus, „daß die im öffentlichen Leben stehenden führenden Herren der CDU/CSU an dieser Großkundgebung teilnehmen“<sup>241</sup>.

Die Einladung war kaum herausgegangen, da war sie, was die angekündigten Redner anbetraf, bereits ergänzungsbedürftig. Neben Adenauer, Ehard und Heinemann nennt ein Rundschreiben der CDU Heidelberg vom 7. Juli 1949 als Redner auch noch Jakob Kaiser<sup>242</sup>. Warum er auf der Einladung des Generalsekretariats vom 6. Juli fehlte, läßt sich bisher nicht feststellen. Jedenfalls erscheint seine Berücksichtigung im Hinblick auf den Arbeitnehmerflügel als eine bare Selbstverständlichkeit, und erst jetzt ergab die Zusammensetzung der Rednerliste einen Sinn. Mit Adenauer kam der herausragende Kopf der CDU und ein Repräsentant der nordwestdeutschen Richtung zu Wort, mit Hans Ehard der CSU-Vorsitzende und entschiedenste Vertreter des südwestdeutschen, stark föderalistisch geprägten Flügels. Gustav Heinemann repräsentierte den in der Minderheit befindlichen und noch nicht voll integrierten evangelischen Teil der Union und Jakob Kaiser den linken Arbeitnehmerflügel, dessen Einbindung in die Politik ebenfalls nicht frei von Schwierigkeiten war<sup>243</sup>.

Das endgültige Programm versandte Bruno Dörpinghaus am 18. Juli 1949. Mit einem ausgeprägten Sinn für Showeffekte legte es den Ablauf der Versammlung wie folgt fest: Einzug der „CDU/CSU-Staatsmänner und führender Politiker“ unter den Klängen des Einzugs marsches aus „Tannhäuser“, der von einem Fanfarenzug vom hohen Schloßportal geblasen werden sollte. Nach der „Egmont-Ouvertüre“ von Beethoven Begrüßung durch den Landesvorsitzenden der CDU Nordbaden, Fridolin Heurich, und die Rede Adenauers. Darauf sollten der „Fehrbelliner Reitermarsch“ folgen und Gustav Heinemann und Jakob Kaiser sprechen. Der „Jägerchor“ aus dem „Freischütz“ von Weber war dafür vorgesehen, die letzte Phase mit der Rede Hans Ehards und der Schlußansprache des örtlichen CDU-Bundestagskandidaten Eduard Wahl einzuleiten. Das gemeinschaftlich gesungene „Niederländische Dankgebet“ sollte schließlich den feierlichen Schlußpunkt bilden<sup>244</sup>.

<sup>241</sup> ACDP, 1-009-006/2.

<sup>242</sup> Rundschreiben der CDU Heidelberg an die benachbarten Kreisverbände der CDU vom 7.7.1949, ACDP, VII-003-001/2.

<sup>243</sup> Ähnliche Überlegungen in einer Aufzeichnung vom 22.7. 1949 von unbekannter Hand mit der Überschrift „Vor der Wahl“, StBKAH, 12.02.

<sup>244</sup> BA, NL Pünder 270. Der Text des „Niederländischen Dankgebetes“ lautet wie folgt: „Wir treten zum Beten vor Gott den Gerechten, waltet und haltet ein strenges Gericht. Er läßt von den Schlech-

Vor über 5000 Menschen - darunter zahlreiche Spitzenpolitiker von CDU und CSU<sup>245</sup> - ist die Veranstaltung am 21. Juli 1949 mit einigen Abweichungen<sup>246</sup> nach dem beschriebenen Programm abgelaufen. Die durch zahlreiche schwarz-rot-goldene Fahnen festlich geschmückte Ruine des Heidelberger Schlosses und das in mittelalterlichen Kostümen gekleidete Hilfspersonal bot an einem warmen, wolkenlosen Sommerabend eine prächtige Kulisse für eine eindrucksvolle Wahlkampföffnung<sup>247</sup>.

Von den angekündigten Hauptrednern war Jakob Kaiser nicht erschienen - er hatte in „letzter Minute“ abgesagt<sup>248</sup>. Seine Begründung ist nicht überliefert. Adenauer und Heinemann gingen in ihren Reden auf Jakob Kaiser ein, erwähnten ihn jedoch nicht in seiner Eigenschaft als Vorsitzenden der Sozialausschüsse, sondern als den Mann, der für die CDU in Berlin und in der Ostzone gekämpft habe und in der Union den „Zielgedanken des einheitlichen deutschen Vaterlandes“ verkörpere und die „lebendige Brücke zwischen dem Osten und dem Westen“ bilde<sup>249</sup>.

Adenauers Ansprache begann staatsmännisch und vermittelt in ihren Anfangspassagen fast den Eindruck einer Regierungserklärung. Nach einem kurzen Überblick über die politische Entwicklung seit 1945 folgten Ausführungen zur Funktion des Bundeskanzlers und zur Bedeutung der anstehenden Bundestagswahl mit der anschließenden Ermahnung an die deutsche Presse, nicht nur Kritik zu üben. Mit einer Wendung gegen die Splitterparteien vollzog Adenauer den Übergang zu den nach der Wahl von der CDU/CSU in Angriff zu nehmenden Aufgaben: Aufbau der Bundesregierung und der Bundesorgane, im Zusammenhang damit Einrichtung eines Bundesministeriums für Ostfragen, Forcierung des Wohnungsbaus, Steuerabbau, Vereinfachung der Verwaltung, schließlich Beendigung der „überflüssigen Entnazifizierung“ und Rückführung der Kriegsgefangenen. Adenauer ging sodann ausführlich auf die Frankfurter Wirtschaftspolitik und die Arbeit des Parlamentarischen Rates ein und führte in diesem Zusammenhang die ersten Angriffe gegen die SPD, die in Frankfurt ein „ränkevolles Spiel“ getrieben und im Parlamentarischen Rat in der Frage des Elternrechts wenig Einsicht bewiesen habe. Das Aufgreifen des Föderalismus-

ten die Guten nicht knechten; sein Name sei gelobt, er vergißt unser nicht. Wir loben Dich oben, Du Lenker der Schlachten, und flehen, mögst stehen uns fernerhin bei, daß Deine Gemeinde nicht Opfer der Feinde, Dein Name sei gelobt; oh Herr, mach uns frei! Herr, mach uns frei!"

<sup>245</sup> In seiner Begrüßung nannte Fridolin Heurich die „Ministerpräsidenten und Minister aus allen Zonen unseres Bundesgebietes“, die Direktoren der bizonalen Verwaltung, die Landtagspräsidenten der verschiedenen Zonen und die Abgeordneten sowie die Landesvorsitzenden der Union; ACDP, VII-003-001/2.

<sup>246</sup> Anstelle des „Jägerchors“ aus dem „Freischütz“ spielte das Orchester den „Triumphmarsch“ aus „Aida“ von Verdi; ACDP, I-009-012/7. Außerdem sprach zusätzlich der Heidelberger Oberbürgermeister Swart ein paar Worte, dafür fiel die Rede Jakob Kaisers weg. Näheres s.u.

<sup>247</sup> Einen ausführlichen Bericht brachten die „Badischen Neuesten Nachrichten“ vom 22.7.1949. Zum feierlichen Rahmen auch Paul Weymar, Konrad Adenauer. Die autorisierte Biographie, München 1955, S. 417, sowie Klaus Dreher, Der Weg zum Kanzler. Adenauers Griff nach der Macht, Düsseldorf-Wien 1972, S. 222. In beiden Büchern wird als Datum fälschlicherweise der 22. Juli angegeben.

<sup>248</sup> So die Meldung des „Tageblatts“ vom 21.7.1949. Hinweis auf die kurzfristige Absage Kaisers auch in der Aufzeichnung, Anm. 243.

<sup>249</sup> Zitate aus der Rede Heinemanns, abgedruckt in: „Union im Wahlkampf“, Nr. 20 vom 30.7.1949.

Problems bot Adenauer sodann die Möglichkeit, die Vorgänge bei der Auseinandersetzung mit den Alliierten über das Grundgesetz zur Sprache zu bringen. Seine Rede nahm nun einen grundsätzlich anderen Charakter an und wurde zu einer einzigen Abrechnung mit der SPD. Ihr Verhalten in der Debatte um die Annahme des Grundgesetzes fand Adenauer ebenso verwerflich wie ihr Agieren in Berlin und in der Ostzone<sup>250</sup>. Er verdächtigte sie, nach wie vor auf dem Boden des Marxismus zu stehen, und monierte ihre Einstellung zu Kultur, Ehe und Kirche nochmals mit scharfen Worten. Schließlich mündete seine Argumentation in die These, daß in der Bundestagswahl am 14. August darüber entschieden werde, ob Deutschland eine christliche oder sozialistische Regierung erhalte, und er schloß hieran den Satz an: „Wenn es sozialistisch regiert wird, dann seien wir uns klar darüber, daß der Sozialismus keinen Damm gegen den Kommunismus bildet“<sup>251</sup>.

Heinemanns Rede stand unter dem Motto „Der evangelische Christ in der Union“ und war ein überzeugendes Plädoyer für die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der beiden großen Konfessionen in Deutschland in einer überkonfessionellen, christlichen Partei. Heinemann sah zwar die Probleme, die die Minderheitsstellung der Evangelischen in der Union aufwarf; trotzdem gab es nach seiner Meinung für den evangelischen Christen keine Alternative zur Union. Die Unterstützung von Splitterparteien kam für ihn deshalb nicht in Frage, weil sie die Bildung einer handlungsfähigen Regierung erschwerten, und SPD und FDP waren für Heinemann als „politische Heimat für den evangelischen Wähler“ unakzeptabel. Auf die Liberalen ging Heinemann im folgenden nicht weiter ein, wohl aber auf die SPD, deren Führung er vorwarf, „immer noch im Banne sogenannter Aufklärung und materialistischer Gesetzesauffassung“ zu verharren und einen Hang zu innerparteilicher totalitärer Machtausübung zu haben. Hierin sah Heinemann einen großen Unterschied zur Union, die die „christliche Gewissensbindung“ ihrer Mitglieder ebenso anerkenne wie deren „persönliche Verantwortung“ und die den notwendigen „Spannungsausgleich“ innerhalb der Partei von Fall zu Fall auf dem Wege der Diskussion und der Verhandlung suche. Heinemann beendete seine Ansprache mit einem nachdrücklichen Bekenntnis zum Unionsgedanken, zum politischen Zusammenschluß von Menschen verschiedener Konfession und unterschiedlicher Berufe und Stände „zum gemeinsamen Handeln aus christlicher Verantwortung“<sup>252</sup>.

Ehard befaßte sich in seinen Ausführungen hauptsächlich mit der Erneuerung Europas im christlichen Geiste. Von hier aus fand er zum christlichen Ausgleich innerhalb der Union und zur Überwindung der deutsch-französischen Feindschaft. In wohlgesetzten Worten richtete er an die Besatzungsmächte die Bitte, das demokratische Deutschland beim Wiederaufbau zu unterstützen, und er gab der Hoffnung auf eine zukünftige Zusammenarbeit zwischen Europa und den USA beredten Ausdruck. Erst zum Abschluß seiner Rede kam Ehard auf den Föderalismus zu sprechen, und

<sup>250</sup> Näheres dazu oben auf S. 36.

<sup>251</sup> Rede Adenauers abgedruckt in: Adenauer, Reden, Anm. 1, S. 137-149.

<sup>252</sup> Wie Anm. 249.



dies bot ihm die Möglichkeit, in seine Ansprache auch noch Wahlkampfthemen einfließen zu lassen, indem er deutliche Kritik an der zentralistischen Einstellung Schumachers und der SPD übte<sup>253</sup>.

Insgesamt gesehen waren die wahlpropagandistischen Effekte der Rede Erhards eher gering zu veranschlagen, und die zentrale Wahlkampfleitung in Frankfurt hat darauf verzichtet, sie im „Union im Wahlkampf“ abzudrucken. Ebenso wenig wurden die Ausführungen Heurichs, Wahls und des Heidelberger Oberbürgermeisters Swart veröffentlicht, was darauf zurückzuführen ist, daß es sich dabei lediglich um kurze Grußadressen bzw. Einleitungs- oder Überleitungsworte handelte<sup>254</sup>. Allein die Reden Adenauers und Heinemanns fanden im folgenden weitere Verbreitung, da sie „Union im Wahlkampf“ in einer „Sonderausgabe Heidelberg“ in voller Länge zum Abdruck brachte<sup>255</sup>.

#### *d. Die Gesamtdeutsche Tagung der Sozialausschüsse in Düsseldorf am 23. Juli 1949*

Am 23. Juli 1949 fand in Düsseldorf eine gesamtdeutsche Tagung der Sozialausschüsse statt, an der ungefähr 1000 Delegierte aus allen Teilen Deutschlands teilnahmen. Als Redner traten auf Konrad Adenauer, Johannes Albers, der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold, der zweite Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Matthias Föcher, der Präsident des nordrheinwestfälischen Landtages, Josef Gockeln, der „legitime Vertreter der Ost-CDU“, Otto Klein, sowie Anton Storch und Jakob Kaiser<sup>256</sup>.

Adenauer wiederholte vor diesem Plenum seine in Heidelberg vorgetragene „Kampfansage an die SPD“, Anton Storch arbeitete „in klaren Formulierungen den christlichen Ideengehalt der Frankfurter Arbeits- und Sozialgesetzgebung“ heraus und identifizierte sich nachdrücklich mit Erhards Wirtschaftspolitik, und Karl Arnold erhob die Forderung: „Aus der Gemeinschaft der CDU und insbesondere der Sozialausschüsse muß die lebendige und starke Kraft zur sozialen Neuordnung unseres öffentlichen Lebens hervorgehen“<sup>257</sup>. Die größte Beachtung von allen Rednern fand der Vorsitzende der Sozialausschüsse, Jakob Kaiser, der in einem ausführlichen Grundsatzerferat unter der Überschrift „Die nationale und soziale Verpflichtung der christlich-demokratischen Arbeiterschaft im deutschen Kernstaat“ die Position der Sozialausschüsse im politischen Kräftefeld des Sommers 1949 zu umreißen suchte<sup>258</sup>.

Schon die Formulierung des Themas deutet an, daß Kaiser die nationale Verpflichtung vorrangig interessierte, und dies belegt auch das Manuskript seiner Rede, das diesem Komplex mehr als acht Seiten einräumt, dem der sozialen Verpflichtung hin-

<sup>253</sup> Rede abgedruckt in: Bayerische Politik, Anm. 234, S. 55-61.

<sup>254</sup> Alle Redetexte in: ACDP, VII-003-001/2.

<sup>255</sup> Nr. 20 vom 30.7.1949.

<sup>256</sup> Nach „Deutschland-Union-Dienst“, Ausgabe A vom 25.7. 1949.

<sup>257</sup> Ebenda.

<sup>258</sup> Manuskript der Rede in: BA, NL Kaiser 213. Hierzu sehr ausführlich auch Erich Kosthorst, Anm. 184, S. 47-52.

gegen nur knapp sechs Seiten. Am Anfang von Kaisers Ausführungen stand das Bekenntnis zur „nationalen Idee“: Aus ihr folgte die Bejahung des Kernstaates, der nach Kaiser vor allem dazu zu dienen hatte, den „Freiheits- und Einheitskampf für Deutschland“ zu führen. Kaiser verlangte die sofortige rechtliche und wirtschaftliche Einbeziehung Berlins, begrüßte die Absicht, ein Ministerium oder Amt für Ostfragen zu bilden und erhob nachdrücklich Anspruch auf die Gebiete östlich von Oder und Neiße. Die christlich-demokratische Arbeiterschaft forderte er auf, „Vorkämpfer für die deutsche Einheit“ zu sein, und er wandte sich dann der SPD zu, um mit äußerster Schärfe und größerer Ausführlichkeit die Vorwürfe zu wiederholen, die er ihr bereits am 15. Mai wegen ihres Verhaltens in der Ostzone gemacht hatte<sup>259</sup>. Kaiser schloß diesen Teil seiner Rede mit der Versicherung ab, daß es ihm nicht leicht falle, die „Auseinandersetzung mit der SPD in dieser Schärfe zu führen“. Wer ihn kenne, wisse, wie sehr ihm „an einer Zusammenarbeit der beiden großen Parteien“ gelegen sei: Doch unter „der radikalen und totalitären Führung in Hannover“ ergäben sich hier nicht unbeträchtliche Schwierigkeiten, und das „starre Festhalten an veralteten, marxistisch-reaktionären Lehrsätzen“ trüge nicht unbedingt zu ihrem Abbau bei.

Dies war, wie die weiteren Ausführungen zeigen, auf die Haltung der SPD zur Frankfurter Wirtschaftspolitik gemünzt, die Kaiser im Grundsatz positiv bewertete. Er verlangte allerdings ihre Fortentwicklung, die in einen „dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Kollektivismus einmünden sollte. Dabei war es Kaiser gleich, ob die Entscheidung „für eine freie Marktwirtschaft mit staatlichen Regelungen und sozialen Sicherungen“ fiel oder für eine „gemäßigt sozialistische Wirtschaft unter Einschaltung echter Unternehmerinitiative“. Strikt abgelehnt wurden von ihm allerdings „sozialverbämte Lösungsversuche einer liberalen Privatwirtschaft“. Von hier aus fand Kaiser Worte der Kritik an der derzeit existierenden „Einkommens- und Vermögensverteilung“, und er ließ schließlich die nach wie vor distanzierte Haltung der Sozialausschüsse zu den Düsseldorfer Leitsätzen erkennen. „Wir haben diesen Leitsätzen zugestimmt“, ließ Kaiser wissen, „weil wir durch das Beispiel der Mäßigung unter Beweis stellen wollen, daß wir auf keinen Fall doktrinär sein wollen“. Kaiser stellte jedoch anschließend fest, daß für ihn und die Sozialausschüsse die „eigentumsrechtlichen und gesellschaftspolitischen Grundsätze des Ahlener Programms“ weiterhin gültig blieben, in Zukunft eine Bindung der wirtschaftlichen Freiheit an das Gemeinwohl erfolgen sollte und neben dem „marktwirtschaftlichen Prinzip [...] staatliche Kontrollen und Regelungen zu ihrem Recht zu kommen“ hatten. Kaiser hielt die Forderung der Sozialausschüsse nach „genossenschaftlichen und gemeinwirtschaftlichen Formen des Gemeineigentums“ aufrecht, verlangte „ausreichende Sicherungen gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht“ und beschwor als wirtschaftspolitisches Zukunftsbild eine „echte Wirtschaftsdemokratie“, die durch „sinnvolle Einführung demokratischer Formen im Sinne der Mitwirkung und Mitbestimmung der Arbeitnehmer in Betrieben, Unternehmungen und Selbstverwaltungskörperschaften der Wirtschaft“ zu schaffen sei.

<sup>259</sup> Vgl. oben S. 33.

Der zweite Teil der Rede Kaisers paßte natürlich nicht unbedingt in das von der CDU-Mehrheit vertretene Wahlkampfkonzept, und der „Deutschland-Union-Dienst“ vom 25. Juli 1949 zog sich in seinem Bericht über die Tagung damit aus der Affäre, daß er den zweiten Teil von Kaisers Ansprache einfach unterschlug. Ähnlich verfuhr „Union im Wahlkampf“. Bei dem in dieser Zeitung am 1. August 1949 abgedruckten längeren Auszug aus der Rede Kaisers blieben die kritischen Worte zu den Düsseldorfer Leitsätzen, sein Festhalten am Ahlener Programm und seine darauf basierende Vision eines „dritten Weges“ in der Wirtschaftspolitik ausgespart<sup>260</sup>. Damit war der in Kaisers Ausführungen enthaltene Zündstoff beseitigt, und seine Ansprache erweckte in der „gereinigten Form“ den Eindruck einer ungetrübten Übereinstimmung zwischen den Sozialausschüssen und der übrigen CDU und konnte somit als Unterlage für die Wahlkämpfer der Union an der Basis dienen.

### 11. Die Wahlkampffinanzierung

Das Problem der Wahlkampffinanzierung brachte Adenauer erstmals in der Sitzung des Wahlausschusses am 5. März 1949 zur Sprache. Bei dieser Gelegenheit forderte Adenauer die Landes- und Kreisverbände auf, mit der Sammlung von Geldern zu beginnen. Gleichzeitig stellte er jedoch auch Schritte der zentralen Wahlkampfführung in Aussicht, um Geldmittel aufzutreiben, die sodann den Landesverbänden zur Verfügung gestellt werden sollten<sup>261</sup>.

In der Sitzung des Presse- und Propagandaausschusses am 8. Mai 1949 stand die Wahlkampffinanzierung erneut zur Diskussion. Es wurde in diesem Zusammenhang auf die Bemühungen des Generalsekretariats hingewiesen, zu Geld zu kommen; dies dürfe „jedoch nicht von der Tatsache ablenken, daß die Hauptlast des Wahlkampfes durch die einzelnen Landesverbände bzw. Kreisverbände zu tragen ist“<sup>262</sup>.

An diesem Standpunkt hielt die zentrale Wahlkampfführung auch in der Folgezeit fest, obwohl die einzelnen Landesparteien das Generalsekretariat dringend ersuchten, größere Summen zur Verfügung zu stellen. In der Sitzung des Wahlrechtsausschusses am 19. Mai 1949 wurde die Angelegenheit etwas ausführlicher besprochen, und dabei stellte sich heraus, daß die anwesenden Landesvorsitzenden die finanzielle Lage ihrer Parteien als „schlecht“ und „katastrophal“ bewerteten. Franz Josef Strauß wies auf die Schwierigkeiten hin, Gelder von der Industrie zu bekommen. Hier sei zwar die Bereitschaft festzustellen, „Geld zu geben bei diesem Wahlkampf“; viele kleinere und mittlere Unternehmer stünden „bei der gegenwärtigen Steuergesetzgebung“ allerdings vor dem Problem, „die Sache richtig zu verbuchen“. Der Hamburger CDU-Vorsitzende Scharnberg empfahl als Ausweg einen Hinweis an die Unternehmerverbände, mit Hilfe von fingierten Annoncenquittungen zu arbeiten, die dann

<sup>260</sup> Vgl. Erich Kosthorst, Anm. 184, S. 47 und S. 51 f.

<sup>261</sup> Stenographische Niederschrift, Anm. 6, S. 38.

<sup>262</sup> Rundschreiben Dörpinghaus', Anm. 27, S. 3.

als Unkosten verbucht werden könnten, und ein Vertreter aus Württemberg stellte die Möglichkeit zur Diskussion, „die Sache über die Industrie- und Handelskammer“ zu machen.

Adenauer empfand den Ablauf der Diskussion als wenig glücklich. Er ermahnte die Anwesenden eindringlich, sich nicht nur „auf Geldmittel von der Industrie“ zu verlassen, denn die anfangs gehegten Hoffnungen auf eine ins Gewicht fallende Unterstützung von dieser Seite seien bisher enttäuscht worden. Darüber hinaus war es nach Adenauer notwendig, „absolut auch nur den Anschein zu vermeiden, als wenn wir eine Unternehmerpartei wären. Deswegen kommt das gar nicht in Frage, irgend etwas über die Industrie- und Handelskammer zu machen. Wir müssen eine allgemeine große Sammlung veranstalten bei Beamten, Angestellten, Arbeitern und Bauern, überall, und daneben müssen wir versuchen, auch große Beträge zu bekommen. Aber auf die allgemeine Sammlung müssen wir großen Wert legen, schon aus psychologischen Gründen“<sup>263</sup>.

Vor dem Zonenausschuß der CDU in der britischen Zone äußerte sich Adenauer am 2. Juni 1949 über den Stand der Überlegungen zur Wahlkampffinanzierung wie folgt: Alle Erwartungen, „daß zentral große Summen beschafft werden könnten“, seien enttäuscht worden. Die Frankfurter Zentrale könne nur hier und da etwas helfen; im allgemeinen müsse das Prinzip gelten, „daß jede Landespartei sich selbst finanziert“<sup>264</sup>.

Zu dem Zeitpunkt, als Adenauer diese Feststellung traf, war jedoch bereits eine Aktion angelaufen, die der zentralen Wahlkampfführung größere Geldmittel zuführte. Am 27. Mai 1949 hatte in Düsseldorf eine Zusammenkunft führender westdeutscher Industrieller stattgefunden, in der über die „Aufbringung eines Fonds der Industrie zur Unterstützung der Werbung der bürgerlichen Parteien“ beraten wurde<sup>265</sup>. Aus einer Fülle von Hinweisen ergibt sich, daß in dieser Zusammenkunft oder in den folgenden Tagen der Beschluß gefaßt wurde, einen Wahlfonds der Industrie einzurichten, mit dem die „die Wirtschaftspolitik des Herrn Professor Erhard tragenden Parteien“ unterstützt werden sollten<sup>266</sup>. Über die angestrebte Höhe des Fonds liegen verschiedene Angaben vor. So ist einmal von zwei Millionen DM<sup>267</sup>, ein anderes Mal

<sup>263</sup> Stenographische Niederschrift, Anm. 14, S. 64-67.

<sup>264</sup> Stenographische Niederschrift über die Sitzung des Zonenausschusses der CDU in der britischen Zone am 2. und 3.6.1949, ACDP, 1-009-004/1 (NL Dörpinghaus).

<sup>265</sup> Protokoll der Außerordentlichen Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Steine und Erden am 8.6.1949 in Wiesbaden, Auszug abgedruckt in: Unternehmermillionen kaufen politische Macht. Finanzierung und Korruption der Regierungsparteien durch die Managerschicht der „Wirtschaft“. Denkschrift hrsg. vom Vorstand der SPD, S. 103.

<sup>266</sup> Rundschreiben des Hauptgeschäftsführers der Wirtschaftsvereinigung der Bauindustrie vom 10.6.1949, abgedruckt in: Unternehmermillionen, Anm. 265, S. 58. Hinweis auf dieses Schreiben in: Rupert Breiling, Das Geld in der deutschen Außenpolitik, in: Politische Vierteljahresschrift, 2. Jg. (61), S. 354 f. Dazu auch der Bericht Schreibers, Anm. 26: „Im Frühjahr beschlossen Kreise der Wirtschaft die Ansammlung eines politischen Fonds.“

<sup>267</sup> Rundschreiben vom 10.6.1949, Anm. 266.

von vier Millionen DM die Rede<sup>268</sup>. Über die Aufteilung hatten die im Frankfurter Wirtschaftsrat in der Regierungsverantwortung stehenden Parteien die Entscheidung getroffen, dabei nach folgendem Schlüssel zu verfahren: CDU/CSU: 65%, FDP: 25%, Deutsche Partei: 10%<sup>269</sup>.

In den Verbänden der Industrie setzte in den Monaten Juni und Juli 1949 eine rege Sammlungstätigkeit ein<sup>270</sup>, an der u. a. der Kölner Bankier Robert Pferdmenes beteiligt war<sup>271</sup>, der über einen guten Draht zu Adenauer verfügte<sup>272</sup>. Über die Höhe der aufbrachten Gelder liegen keine genauen Angaben vor. Der Landesgeschäftsführer der CDU Rheinland, Hans Schreiber, berichtet von mehreren hunderttausend DM, die an das Generalsekretariat in Frankfurt flossen<sup>273</sup>, und aus einem Schreiben des Schatzmeisters der CDU Hannover, Christian Blank, geht hervor, daß allein die Kaliindustrie Niedersachsens „weit über 100 000,-DM in größeren Einzelbeträgen“ auf das Frankfurter Sammelkonto gezahlt hat<sup>274</sup>.

Mit dem eingegangenen Geld finanzierte das Generalsekretariat in erster Linie das zentrale Propagandamaterial. Die darüber hinaus zur Verfügung stehenden Mittel gingen an die Landesverbände, denen allerdings für die Verwendung Auflagen gemacht wurden. So mußten sie sich verpflichten, „diese zweckgebundenen Mittel nur für die Wahlen zum Bundestag zu verwenden“, und sie mußten sich „grundsätzlich mit einer nachträglichen Kontrolle über die Verwendung der Mittel durch einen Beauftragten der Arbeitsgemeinschaft“ einverstanden erklären. Außerdem forderte das Generalsekretariat die Landesverbände auf, dafür Sorge zu tragen, daß die von Frankfurt „gestellten Plakate, Broschüren, Flugblätter und anderes Material auch unter allen Umständen sinngemäß verwendet werden“. Um dies sicherzustellen, wurde abschließend die Absicht kundgetan, „den Landesverbänden oder den Kreisen für das Ankleben und Verteilen von Propagandamaterial eine Hilfe speziell für diesen Zweck zu gewähren“<sup>275</sup>.

Es ist unverkennbar, daß die zentrale Wahlkampfleitung in Frankfurt versuchte,

<sup>268</sup> Fritz Heine an Robert Pferdmenes vom 12.7. 1949, abgedruckt in: *Unternehmermillionen*, Anm. 265, S. 57.

<sup>269</sup> Hinweise auf diese Aufteilung ebenda sowie Rundschreiben vom 10.6.1949, Anm. 266, und Bericht Willy Brandts an den Parteivorstand der SPD in Hannover vom 6.7.1949, AdsD, Bestand Schumacher] 79II.

<sup>270</sup> Dazu die Dokumente in: *Unternehmermillionen*, Anm. 265.

<sup>271</sup> Pferdmenes an den Parteivorstand der SPD vom 20.7. 1949, abgedruckt in: *Unternehmermillionen*, Anm. 265, S. 57 f.

<sup>272</sup> Über die engen Beziehungen zwischen Adenauer und Pferdmenes gibt ihr Briefwechsel Aufschluß; für die Jahre 1945-1949 jetzt veröffentlicht in Hans Peter Mensing, Anm. 5. Adenauer hatte trotz Widerspruchs von Pferdmenes dafür gesorgt, daß dieser an vermeintlich sicherer Stelle auf der Landesliste der CDU in Nordrhein-Westfalen für den Bundestag kandidierte. Dazu Adenauer an Pferdmenes vom 1.7. 1949, StBkAH, 12.02. Pferdmenes scheiterte in der Bundestagswahl nur knapp, gelangte jedoch am 12.1.1949 als Nachrücker in den Bundestag.

<sup>273</sup> Bericht Schreibers, Anm. 26.

<sup>274</sup> Christian Blank an Zimmer vom 4.11.1949, ACDP, 1-009-006/2 (NLDörpinghaus).

<sup>275</sup> Rundschreiben Dörpinghaus' an die Landesvorsitzenden der CDU/CSU vom 28.6. 1949, ACDP, 1-351-003/3 (NLGottaut).

über die Wahlkampffinanzierung auf den Wahlkampf der einzelnen Landesverbände ein großes Maß an Einfluß zu gewinnen. Dies ist ihr anscheinend weitgehend gelungen, da die Landesverbände selbst nur über geringe eigene Mittel verfügten, was insbesondere darauf zurückzuführen war, daß infolge der überregionalen Sammlung innerhalb der Industrie die Kreisparteien „nur einen Bruchteil der früher üblichen Wahlspenden“ hereinbekamen<sup>276</sup>. Das hatte eine relativ hohe Abhängigkeit von der Frankfurter Zentrale zur Folge, die allerdings nur „kärglich bemessene Barüberweisungen“ tätigte<sup>277</sup> und die Belieferung mit Propagandamaterial ohne Berechnung vorzog. Das führte zu dem Ergebnis, daß in der Wahlwerbung der CDU das Frankfurter Material stark überwog und den Landesverbänden nur beschränkte Möglichkeiten blieben, eigene regionale Schwerpunktthemen mit umfangreichem Werbematerial unter die Leute zu bringen<sup>278</sup>. Daß in der Wahlkampfagitation der Union in allen Zonen die Wirtschaftspolitik im Vordergrund stand und alle anderen Themen dahinter zurückstanden, ist daher nicht zuletzt ein Ergebnis der über das Frankfurter Generalsekretariat laufenden Wahlkampffinanzierung.

### 12. Wahlkampf und Koalitionsentscheidung im Sommer 1949

Ein Überblick über die Wahlkampfführung der Union im Jahre 1949 läßt das Urteil gerechtfertigt erscheinen, daß es ihr insgesamt gelungen ist, die CDU/CSU in der Öffentlichkeit als eine Partei darzustellen, die konsens- und damit handlungsfähig war. Trotz fehlender zonenübergreifender Parteiorganisation und einer als unzureichend empfundenen Wahlkampforganisation<sup>279</sup>, trotz der relativ selbständigen und mit durchaus unterschiedlichen Intentionen angetretenen einzelnen Landesverbände und trotz der Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit zwischen CDU und CSU gelang es dem im Rahmen der Frankfurter Arbeitsgemeinschaft operierenden zentralen Wahlkampfapparat, der aus verschiedenen Ausschüssen und Stäben bestand, deren Arbeit maßgeblich von Konrad Adenauer beeinflusst wurde, seine Wahlkampfkonzeption weitgehend durchzusetzen. Mit der vor allem von Adenauer betriebenen Konzentration des Wahlkampfs auf Ludwig Erhard und die Frankfurter Wirtschaftspolitik, die durch die Düsseldorfer Leitsätze auch programmatisch übernommen

<sup>276</sup> Bericht Schreibers, Anm. 26. In diese Richtung weist auch ein Brief Oestreichs (CDU Hannover) an Christian Blank vom 1.11. 1949: „Die Kreisverbände sind einfach nicht in der Lage gewesen, die Aufwendungen, die für die Wahl nötig waren, von sich aus zu bestreiten.“ ACDP, 1-009-006/2 (NL Dörpinghaus).

<sup>277</sup> Bericht Schreibers, Anm. 26, und Blank an Zimmer vom 4.11.1949, Anm. 274, der berichtet, daß der Landesverband Hannover insgesamt lediglich 21 800,- DM aus Frankfurt erhalten habe.

<sup>278</sup> Dies veranschaulicht der Bericht Schreibers, Anm. 26. Frankfurt lieferte an den Landesverband Rheinland insgesamt 307 850 Plakate, während der Landesverband selbst nur 42 000 herstellte.

<sup>279</sup> In der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 1.9.1949 klagte Adenauer im Rückblick, im „Wahlkampf hat sich sehr störend geltend gemacht, daß wir keine Parteiorganisation haben, die sich über alle drei Zonen erstreckt.“ Auftakt, Anm. 151, S. 142.



*Die CDU/CSU im Bundestagswahlkampf 1949* 51

wurde, geriet der Wahlkampf in erster Linie zu einer Auseinandersetzung mit der SPD über den wirtschaftspolitischen Kurs, und Adenauers wohlkalkulierte Angriffe auf die SPD wegen ihrer Haltung bei der Verabschiedung des Grundgesetzes vermochten es darüber hinaus, den SPD-Chef Kurt Schumacher zu äußerst scharfen Attacken auf die CDU/CSU und Adenauer persönlich zu veranlassen, die den Konfliktstoff zwischen beiden Parteien noch erheblich vermehrten.

Adenauer ließ nie einen Zweifel daran aufkommen, daß es seine Absicht war, nach der Bundestagswahl eine Koalition unter Ausschluß der SPD mit den Partnern von Frankfurt, FDP und Deutsche Partei, anzustreben. Dies bestimmte seine Haltung in der Wahlrechtsfrage, und diesem Zweck sollten auch die von ihm betriebenen, aber nur ansatzweise zustande gekommenen Wahlbündnisse mit FDP und Deutscher Partei dienen. Zwar gab es anfänglich gegen Adenauers Konzeption innerhalb der Union einigen Widerstand, der aber im Laufe des Wahlkampfes schwächer wurde.

Symptomatisch für diese Entwicklung war die Haltung Jakob Kaisers und der Sozialausschüsse. Trotz einiger Distanzierungsversuche stimmten sie dem wirtschaftspolitischen Programm der Düsseldorfer Leitsätze schließlich zu, und Jakob Kaiser, ursprünglich auf eine große Koalition mit der Sozialdemokratie fixiert, führte in der „nationalen Frage“ einen ganz entschiedenen Wahlkampf gegen die SPD, so daß im Angriffsziel zwischen ihm und Adenauer kein Unterschied bestand. Dennoch auftretende Abweichungen in Wirtschaftsfragen vom von der Partei verfolgten Kurs wurden von der zentralen Wahlkampfleitung durch eine geschickte Steuerung der Wahlpropaganda aufgefangen, so daß sie in der Öffentlichkeit kaum bemerkt wurden.

Der gekonnten Regieführung aus Frankfurt war es auch zu verdanken, daß die zentralen Wahlkundgebungen von CDU und CSU in der propagandistischen Umsetzung ein eindrucksvolles Bild innerparteilicher Geschlossenheit boten. Hierzu trug schließlich auch noch die Wahlkampffinanzierung durch die Industrie bei, die zentral über das Frankfurter Generalsekretariat erfolgte und es in die Lage versetzte, sein Propagandamaterial, das sich fast ausschließlich auf die wirtschaftspolitische Thematik bezog, in einer Auflage herzustellen und zu verteilen, die weit über der lag, die von den einzelnen Landesverbänden mit ihrem Material, das in der Regel andere Wahlkampfthemen betraf, erreicht wurde.

In den Diskussionen, die in der zweiten Augushälfte und Anfang September 1949 in der CDU/CSU darüber geführt wurden, für welche Koalitionsbildung sie sich entscheiden sollte, hat Adenauer wiederholt auf den Wahlkampf Bezug genommen. Sowohl in der Rhöndorfer Konferenz am 21. August 1949 als auch in der Besprechung führender Unionspolitiker am 31. August 1949 wie schließlich in der konstituierenden Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 1. September 1949 wies Adenauer mit Nachdruck darauf hin, daß die Frankfurter Wirtschaftspolitik im Wahlkampf „eine sehr große, wenn nicht die entscheidende Rolle“ gespielt habe<sup>280</sup>. Der Wahlkampf habe sich „zwar nicht ausschließlich, aber doch im ungemein starken Maße um diese

<sup>280</sup> Die Protokolle dieser Sitzungen sind abgedruckt in: ebenda, S. 33-41, S. 81-130 und S. 140-202. Adenauers Ausführungen zum Wahlkampf auf S. 33, S. 94 f. und S. 143 f. Zitat auf S. 143.

Frage gedreht: Wähler, willst Du die soziale Marktwirtschaft, wie sie in Frankfurt seit anderthalb Jahren geübt worden ist, oder willst Du die sozialistische Wirtschaft?<sup>281</sup>

Die Wahlentscheidung vom 8. August 1949 war daher für Adenauer in erster Linie eine Entscheidung für die soziale Marktwirtschaft und gegen die sozialistische Planwirtschaft. Er hielt es daher für einen „schweren politischen Fehler, wenn man nach einem solchen Wahlerfolg und Wahlkampf einen Regierungsmischmasch machen“, d. h. mit der SPD eine Koalition bilden würde<sup>282</sup>.

Diese Argumentation untermauerte Adenauer damit, indem er den Wahlkampfstil Schumachers zur Sprache brachte, der nicht nur ihn „wiederholt in sehr übler Weise persönlich angegriffen“, sondern auch die CDU/CSU mit Beschimpfungen überschüttet habe. Nach Adenauers Worten verbot daher nicht nur die Ehre der Partei eine Koalition mit der SPD, sondern er sah darüber hinaus in der durch die Beschimpfungen Schumachers ans Licht getretenen Geisteshaltung der SPD, die nicht gewillt sei, „andere Parteien als berechtigt anzuerkennen“, ein Faktum, das eine Zusammenarbeit unmöglich machte<sup>283</sup>.

Mit Hinweisen auf die Wahlkampfauseinandersetzung versuchten auch Adenauers Opponenten in den Diskussionen über die Koalitionsentscheidung zu operieren. So untermauerten z. B. Friedrich Holzapfel und Heinrich von Brentano ihre Bedenken gegen eine Zusammenarbeit mit der FDP damit, daß sie deren Agitation gegen die CDU im Wahlkampf zur Sprache brachten<sup>284</sup>. Da es sich hierbei jedoch um Konflikte handelte, die nur in ganz bestimmten Regionen aufgetreten waren und durch zahlreiche Beispiele einer weitgehenden Kooperation oder zumindest fehlender Kontroversen zwischen den beiden Parteien in anderen Gebieten relativiert werden konnten, blieb die Wirkung dieser Hinweise gering. Ähnlich verhielt es sich mit der Deutschen Partei, die zwar in Hamburg und Schleswig-Holstein einen nationalistisch gefärbten Wahlkampf gegen die CDU geführt hatte, aber in ihrem Kernland, in Niedersachsen, anders aufgetreten war<sup>285</sup>. Als durchgehende Erfahrung der Wahlkampfauseinandersetzung hatte sich nahezu allgemein der Eindruck einer unüberbrückbar erscheinenden Gegnerschaft zwischen CDU/CSU und SPD, bzw. zwischen den Mehrheitsparteien des Frankfurter Wirtschaftsrates und der SPD festgesetzt, und damit war Adenauers Kalkül aufgegangen, die Frage der Wirtschaftsordnung zum Dreh- und Angelpunkt des Wahlkampfes zu erheben und die Unterschiede zur SPD auf diesem, aber auch auf anderen Gebieten in aller Deutlichkeit und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln der Agitation herauszustellen. Die Bedeutung, die Adenauer selbst in seiner Regierungserklärung vom 20. September 1949 dem Wahlkampf für seine erste Koalitionsbildung zuerkannt hat, erscheint daher durchaus angemessen.

<sup>281</sup> Ebenda, S. 51.

<sup>282</sup> Ebenda, S. 33.

<sup>283</sup> Ebenda, S. 95.

<sup>284</sup> Ebenda, S. 241.

<sup>285</sup> Ebenda, S. 99f. und S. 146.